

Sechste Sitzung – Sixième séance

Dienstag, 13. März 1990, Vormittag
Mardi 13 mars 1990, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: M. Ruffy

89.075

Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten Coopération avec des Etats d'Europe de l'Est

Botschaft und Beschlussentwurf vom 22. November 1989
(BBI 1990 I, 145)
Message et projet d'arrêté du 22 novembre 1989 (FF 1990 I, 121)

Beschluss des Ständerates vom 6. März 1990
Décision du Conseil des Etats du 6 mars 1990

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Bundi, Berichterstatter: Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten hat sich ausführlich mit der Botschaft des Bundesrates befasst und befürwortet einstimmig eine verstärkte Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten und entsprechende Soforthilfemassnahmen. Sie begrüsst es insbesondere, dass der Bundesrat früh gehandelt hat. Die Ueberlegungen und Gewichtungen, die er schon vor einem halben Jahr angestellt hat, haben im allgemeinen heute noch Gültigkeit. Die Kommission teilt insbesondere die Ansicht des Bundesrates, dass es äusserst wichtig ist mitzuhelfen, den in Mitteleuropa eingeleiteten Reformprozess politischer und wirtschaftlicher Natur, die Entwicklung in Richtung Demokratisierung und Marktwirtschaft, zu fördern. Das ist nicht allein eine unserer aussenpolitischen Aufgaben im Rahmen von Solidarität und Disponibilität, sondern ebenso ein Beitrag zur Stabilisierung von Frieden und Sicherheit in Europa. Wir haben hier eine gute Möglichkeit, die ausgreifende Komponente unserer Aussenpolitik zu verstärken.

Eine erste Soforthilfe an Osteuropa, die mit dieser Vorlage nichts zu tun hat, wurde bereits letzten Herbst geleistet. Es handelte sich um 5 Millionen Franken, die an Polen als Nahrungsmittelhilfe bereitgestellt bzw. ausbezahlt wurden, und um 1,9 Millionen Franken, die von der DEH dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz als Soforthilfe für Rumänien zur Verfügung gestellt wurden.

Auch die Aktionen von privaten Hilfswerken sind angelaufen und haben schon ansehnliche Ausmasse angenommen.

Mit dem Rahmenkredit von 250 Millionen soll nun eine konkrete und projektgebundene Hilfe angeboten werden. Die Schweiz ist das erste Land, das ein so umfassendes Handlungsangebot signalisiert hat. Diese Absicht ist denn auch international auf Anerkennung gestossen. Die übrigen Eftaländer orientieren sich bei den Hilfsprogrammen, die sie nun in Angriff nehmen, am schweizerischen Modell.

Bei der Frage, wer in den Genuss der Hilfe gelangen sollte, galt es, Prioritäten festzulegen. In eine erste Gruppe in bezug auf den Fortschritt der Reformen gehören vorerst Polen und Ungarn. Unser Hilfsangebot richtet sich denn auch schweremotiv an diese beiden Staaten. Man muss eindeutig unterstreichen, dass die gesamte Hilfe zunächst einmal konzentriert auf diese beiden Staaten ausgerichtet wird. Dann gehö-

ren aber zu dieser ersten Gruppe auch die Tschechoslowakei und die Deutsche Demokratische Republik.

In einer zweiten Gruppe befinden sich Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und die Sowjetunion. Diesen Staaten soll ebenfalls je nach Bedarf und Möglichkeit geholfen werden. Wichtig sind die Grundsätze, nach denen unsere Hilfe geleistet werden soll. Sie sind in der Botschaft erwähnt und sollen hier nur stichwortartig genannt werden. Dazu gehören der Wille zur Reform in den betreffenden Ländern, der Wunsch der Länder nach entsprechender Hilfe, der Multiplikator-Effekt von konkreten Projekten, die Realisierung von Projekten im Auftragsverhältnis, die Förderung der Selbstverantwortung in den Empfängerländern und die Abstimmung der Projekte auf diejenigen anderer Staaten und Organisationen.

Gerade dem letzten Punkt, der Koordination der Hilfeleistungen, wurde vom Bundesrat grosses Gewicht beigemessen. So ist es einmal abgesichert, dass international die Information und Koordination durch die Gruppe der 24 Geberländer erfolgt, genauer: durch ein entsprechendes Sekretariat bei der EG. Auf nationaler Ebene besteht eine Koordinationsgruppe beim EDA, welche die diversen Aktionen und Projekte von Gemeinden, Kantonen, privaten Organisationen, Hochschulen usw. prüft und koordiniert.

In bezug auf die Bedürfnisse wurden schon namhafte Vorarbeiten geleistet. Sie wurden zum Teil über die Gruppe der Vierundzwanzig ermittelt, zum Teil durch Experten des EDA in den betreffenden Ländern festgestellt, und zum Teil wurden sie in persönlichen Begegnungen von osteuropäischen Ministern mit unseren Bundesräten direkt mitgeteilt. Dabei schälte sich bereits eine differenzierte Wunschliste heraus. Zwei Bereiche stehen eindeutig im Vordergrund: einerseits das Bedürfnis nach Ausbildungshilfen – sei das in der Berufsbildung, in Sprachen, Kaderausbildung in Industrie, Banken und Lebensmittelverteilung oder Ausbildung im Umweltschutzbereich –, andererseits das Bedürfnis nach Demokratie- oder Föderalismushilfe, wie zum Beispiel Errichtung des Rechtsstaates, Schaffung föderalistischer Strukturen, demokratische, politische und administrative Einrichtungen auf lokaler und regionaler Ebene, Regelung sprachlicher Minderheitsprobleme usw. Des weiteren folgen dann Wünsche für Umweltschutz, Infrastrukturen, Managementhilfe und industrielle Organisation, Vermittlung von technischem Wissen und auch Finanzhilfe.

Das Hilfspaket der Schweiz ist auf diese Vielfalt der Bedürfnisse abgestimmt. Es soll aber flexibel gehalten und gestaltet werden. So ist unter dem Begriff Kultur insbesondere auch die politische Kultur, das heisst Föderalismus, Demokratie und Verwaltungsberatung, zu verstehen. Es handelt sich hier – wie in den Bereichen Ausbildung und Wissenschaft – in erster Linie um personalintensive Aufwendungen, die sich nicht in sehr hohen Summen niederschlagen. Verglichen mit diesen und mit dem Bereich Umweltschutz nehmen sich die Beträge für die Finanzhilfe recht hoch aus. Polen ist aber dringend darauf angewiesen, nachdem dieses Land, stark verschuldet, die Umschuldungsabkommen mit den offiziellen Gläubigern nicht mehr eingehalten hat.

Es ist auf Kredite für sogenannte Rehabilitierungen angewiesen, d. h. vor allem zur Finanzierung von Gütern wie Ersatzteile, Rohstoffe und Vormaterialien, chemische und pharmazeutische Produkte. Auf diese Sparte und auf gewisse Bedenken, die in der Kommission angemeldet wurden, wird Herr Grassi, Kommissionssprecher welscher Zunge, näher eingehen.

Nun noch einige Worte zur Höhe des Betrages. Der Bundesrat schlägt einen Rahmenkredit von 250 Millionen für eine Mindestdauer von drei Jahren vor. In der Kommission herrschte die Meinung vor, dass hinreichend Mittel für die notwendige Hilfe bereitgestellt werden sollten. Wie hoch der schliesslich notwendige Betrag sein wird, ist schwierig vorauszusehen. Man war sich einig in der Auffassung, dass eine zweite Vorlage, d. h. ein zweiter Rahmenkredit, bereits vor Ablauf der Dreijahresfrist vorgelegt und bewilligt werden sollte, sofern die Erfahrungen positiv und die Mittel gemäss unserer jetzigen Vorlage früher erschöpft wären. In diesem Sinne wurden in der Kommission ein Antrag für Erhöhung der Mittel um 50 Millionen Franken sowie ein anderer für Verkürzung der Frist auf

zwei Jahre zurückgezogen. Die Kommission ist also der Meinung, dass sowohl die vorgesehenen Mittel als auch die Fristen angemessen angesetzt seien.

Zu den gestellten Minderheitsanträgen werden wir nach Begründung derselben Stellung nehmen.

Die Kommission beantragt Ihnen also einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und dem Bundesbeschluss zuzustimmen.

M. Grassi, rapporteur: Le Conseil fédéral nous demande d'octroyer un crédit de programme de 250 millions de francs pour une période minimale de trois ans, destiné à soutenir le processus de réformes en Europe de l'Est. Le message est daté du 22 novembre 1989, rédigé au lendemain des profonds changements intervenus en Hongrie, qui avaient suivi de peu les élections libres en Pologne. On se doit de féliciter le Conseil fédéral pour la rapidité avec laquelle il a réagi aux bouleversements survenus en Europe de l'Est.

Une fois l'effet de surprise passé, un élan concret de solidarité s'est tout de suite manifesté, entraînant avec lui l'aide des milieux les plus divers auxquels s'est ralliée notre population. Je vous rappelle les actions spontanées d'aide humanitaire, à savoir l'envoi de biens de première nécessité à destination de tous les pays de l'Europe de l'Est.

Le Conseil fédéral ne s'est pas borné à nous soumettre uniquement une demande de crédits. En tant que membre du groupe des Vingt-quatre pays industrialisés du monde, la Suisse participe déjà à un crédit-relais du fonds international de stabilisation pour la Pologne, d'un montant de 30 millions de dollars. En outre, elle collabore à la création de la Banque européenne pour la reconstruction et le développement, banque spécialement conçue pour les pays de l'Europe de l'Est. Enfin, au sein de l'AELÉ, elle prend part activement aux efforts de coopération en faveur de la Hongrie et de la Pologne.

L'effondrement d'un système politique et économique matérialiste, qui se disait le paradis de la classe ouvrière, a dévoilé une situation désastreuse dans tous les pays de l'Est: de belles façades derrière lesquelles se cachaient la famine, la terreur, l'abandon et même le manque d'hygiène et la malpropreté, des hommes et des femmes, des enfants et des vieillards, qui avaient perdu leur dignité d'êtres humains. C'est cette situation catastrophique qui s'est présentée à nos yeux lorsque se sont levés les barrières et les murs d'information, de dialogue et de contact.

Le désir de liberté d'une politique économique et sociale, la volonté de progresser dans tous les domaines, le besoin de s'ouvrir à l'extérieur vont engendrer une évolution telle qu'elle risquerait de créer une instabilité et de nouveaux conflits sociaux. Les gouvernements jeunes et inexpérimentés, en partie encore influencés par la vieille nomenclatura, sont confrontés à de graves problèmes qu'ils devront maîtriser sans en avoir pour autant les moyens. La dualité qui se fait jour entre les attentes du peuple et les possibilités de les satisfaire devient alors dangereuse.

Dans ce contexte, les pays de l'Europe occidentale et la Suisse en particulier ont un rôle important à jouer. Ils ont la possibilité de soutenir ce processus évolutif, réformateur, de manière à ce qu'il se déroule dans la paix et la constance, sans secousses ni conflits. Il est dans l'intérêt de tous de maintenir la paix et la stabilité en Europe, par des structures socio-politico-économiques qui visent le bien-être des peuples.

C'est sur cette idée fondamentale que s'appuie notre aide aux pays de l'Est, et je souligne pays de l'Est, parce que si la date et la parution du message font principalement référence à la Pologne et à la Hongrie, l'aide sera aussi apportée aux autres pays qui en feront la demande, que ce soit la Tchécoslovaquie, la Roumanie, la Bulgarie ou l'Union soviétique. Notre objectif est de soutenir ces pays dans leur quête du bien-être, lequel ne va pas sans un engagement de leur part d'abord, sans le développement des structures économiques, sans la formation des cadres et la mise à disposition de notre expérience, ensuite.

Il est nécessaire que nous les aidions à trouver la forme de vie qui leur convienne, après 40 ans de mise sous tutelle et d'endoctrinement. Ce sera un long chemin à parcourir, semé

d'embûches, un immense travail qui exige une volonté à toute épreuve, une ténacité face aux échecs et aux succès possibles. Il faudra secouer la paresse, supprimer la commodité d'un travail peu rémunéré, mais sans efforts, inviter l'individu à se responsabiliser. Nous pouvons les aider comme l'entend le Conseil fédéral, c'est-à-dire du soutien technique à la formation, de la valorisation de l'individu – par les sciences et la culture – à l'aide alimentaire, de la promotion de l'investissement à la protection de l'environnement, de la politique commerciale à l'aide financière.

La réussite du processus de réforme en Europe de l'Est dépendra dans une large mesure de l'évolution économique des pays concernés, naturellement accompagnée de réformes politiques. A cette fin, les pays de l'Est doivent procéder à des réformes institutionnelles, donnant à la population le droit de choisir démocratiquement les autorités qui gouverneront le pays à tous les niveaux. Ils doivent introduire les mécanismes qui favoriseront l'établissement et le fonctionnement d'un marché libre et, enfin, respecter les droits des citoyens. Ce sont les conditions dans lesquelles peut se dérouler notre soutien.

Dans ce cadre, l'aide financière joue un rôle très important pour faire démarrer le processus de développement économique. Nous savons fort bien, connaissant la problématique des pays endettés, que le développement économique ne se fait pas sans moyens financiers, lesquels sont nécessaires aux programmes d'investissements censés couvrir les besoins en biens de première nécessité et en biens d'équipement pour réhabiliter l'industrie.

A ce sujet, le message du Conseil fédéral prévoit une aide financière de 150 millions de francs, destinée à la Pologne. Ce crédit d'engagement de la Confédération garantit le capital et les intérêts courants à raison de 90 pour cent, d'un prêt qui sera destiné à l'achat de pièces de rechange, de matières premières, de produits semi-finis, de produits chimiques et pharmaceutiques.

La commission s'est demandé si une telle aide financière en faveur de la Pologne était justifiée. Il faut d'abord se rendre compte que la Pologne, contrairement aux autres pays de l'Europe de l'Est, ne reçoit plus de crédits ni de garanties depuis 1981. C'est la raison pour laquelle ce pays a un urgent besoin d'une aide financière pour acquérir en priorité des biens d'équipement en matière d'infrastructure, d'industrie et d'environnement. Parallèlement, les discussions menées au sein du Club de Paris tendent à rechercher des solutions aux problèmes de l'endettement de ce pays. Quant aux coûts des experts, des programmes de formation, de la promotion culturelle, on remarquera qu'ils ne sont pas aussi élevés, par rapport à l'aide totale, que ne l'est le prix des biens dont je viens de parler.

Le président de notre commission vous a présenté une vue d'ensemble très complète de nos discussions, je n'y reviendrai donc pas. Je rappellerai seulement la répartition du crédit envisagée: 30 millions de francs pour la politique et la culture, les sciences, la formation; 30 millions pour l'environnement; 30 millions pour le soutien technique alimentaire; et 160 millions en manière d'encouragement à l'investissement, d'aide financière et de politique commerciale.

Pour conclure, je soulignerai encore une fois l'importance de l'assistance et du soutien moral aux pays de l'Est, sans lesquels il leur sera difficile, voire impossible, de mener à bien leurs réformes politiques et économiques, seules capables de les libérer de l'ignorance dans laquelle ils sont maintenus depuis 40 ans d'esclavage intellectuel. Mais attention! Notre aide ne doit surtout pas être perçue comme un moyen de les libérer pour les embrigader dans une nouvelle forme d'esclavage. Le crédit-cadre donne au Conseil fédéral la flexibilité nécessaire pour donner satisfaction aux demandes d'aide considérées comme prioritaires par les pays intéressés. Une expérience de trois ans nous permettra de revoir la mise en application de nos possibilités d'aide et, si nécessaire, de définir une nouvelle orientation.

Au nom de la Commission des affaires étrangères unanime, je vous propose d'entrer en matière et d'approuver les propositions du Conseil fédéral.

Scheidegger: Hilfe ist gut, gute Hilfe ist besser. In diesem Sinne verstehe ich meinen Antrag als Unterstützung und Präzisierung der bundesrätlichen Botschaft. Auch ich möchte dem Bundesrat zu seinem raschen Handeln gratulieren.

In den kommunistisch regierten Ländern hat sich aus einer inneren und äusseren Dynamik ein tiefgreifender Wandlungsprozess entwickelt, der nach Polen und Ungarn auch in anderen osteuropäischen Staaten atemberaubende Ueberraschungen sozusagen am laufenden Band produzierte und immer noch – letztmals letztes Wochenende – produziert. Es geschahen und geschehen Dinge, die wir alle bis vor kurzem noch für unmöglich hielten. Ich habe die betroffenen Länder seit 1973 als Journalist etwa fünfzig Mal besucht und war und bin überrascht von der Geschwindigkeit und der Breite des Wandels.

Sehr rasch wurde klar, was die Nachbarn im Osten dringend vom Westen brauchen: Hilfe und Rat für einen strukturellen Umbau der Wirtschaft, der Gesellschaft, der Technologie und Abrüstung auf beiden Seiten. Nun muss man einfach sehen, dass heute in diesen Ländern ein strukturelles Vakuum besteht. Die kommunistischen Parteien wurden aufgelöst oder sind in Auflösung, und die neuen Strukturen sind erst im Werden. Deshalb ist Hilfe heute in diesen Ländern besonders schwierig. Man sagt ja in Polen, dass das Land nur noch funktioniere, weil es vorher so schlecht funktioniert habe und deshalb eingespielte Schattenstrukturen existierten.

Ob eine zunehmende entideologisierte und systemübergreifende Zusammenarbeit zwischen Ost und West in geordneten Bahnen verlaufen kann, hängt nicht nur und nicht mehr allein vom Dialog der Supermächte ab, sondern auch davon, ob und wie schnell die Bedrohungsvorstellungen und Feindbilder zwischen den mittel- und osteuropäischen Staaten untereinander abgebaut werden. Polen, Ungarn, Rumänien, auch andere osteuropäische Länder – bald auch die Mongolei, vielleicht bald sowjetische Republiken wie Litauen – sind heute auf externe Hilfe angewiesen.

Westliche, schweizerische Hilfe an Osteuropa ist heute auch Demokratiehilfe. In diesem Sinne kann die Hilfe des Bundes an Osteuropa nur ein ganz, ganz kleiner Tropfen auf einen sehr, sehr heissen Stein sein. So wäre ein Gieskannenprinzip völlig verfehlt. Man sprach ja noch im letzten Herbst lediglich von Ungarn und Polen. Nun spricht man von ganz Osteuropa. Was in Osteuropa geschieht und noch geschehen wird, hat Bedeutung für ganz Europa und die ganze Welt. Deshalb reichen gute Wünsche nicht aus. Es braucht substantielle Hilfe, nicht für einen Winter, nicht nur zur Gewissensberuhigung, vielmehr Hilfe in einer schweren Zukunft, in der die Bürger der betroffenen Länder noch viele Opfer zu bringen haben.

Es ist eine Forderung des aufgeklärten Selbstinteresses des Westens, dass in Osteuropa Demokratie ein Erfolg wird und dass sich dort eine soziale Marktwirtschaft entwickelt, die auf Dauer die Demokratie trägt und stärkt.

Die Geschichte kennt viele Beispiele, dass Demokratien an der Wirtschaftsmisere scheitern können. Es gibt keine Garantie, dass Demokratie zu wirtschaftlicher Blüte führt. Man kann sich fragen, wie lange die neuen Regierungen überhaupt noch Zeit haben, die dringend notwendigen Einschnitte in das Wirtschaftsleben und die Umstellung des Währungssystems zu vollziehen. Die internationale Abdeckung ist dringend notwendig, ja lebenswichtig, damit der Wähler in diesen Ländern nicht die neuen demokratischen Regierungen für die schmerzhaften Folgen verantwortlich macht. Die junge Generation in diesen Ländern muss ja die teure Zeche für das sozialistische Paradies bezahlen, ein Paradies, das notabene in Jalta beschlossen wurde, über das aber die betroffene Bevölkerung nie befinden konnte.

So ist es zwar einerseits erfreulich, dass die Schweiz Osteuropa in der schweren Situation helfen will, doch war die Art der humanitären Soforthilfe im letzten Herbst nicht gerade optimal.

Auch in Polen war die Ernte 1989 gut, Kühe gibt es in Polen ebenso lange wie in der Schweiz, mithin auch Milch. Die Bauern gaben allerdings ihre Produkte im letzten Herbst nur zaghaft an den Markt weiter, dies aus Gründen der Hyperinflation. Allein 1989 rechnete man mit einer Jahreststeuerung von 1000 Prozent.

Die Versorgungssituation in Polen ist zurzeit ein Preis- und nicht ein Mengenproblem. Ein polnisches Sprichwort sagt: «Wer schnell gibt, gibt zweimal.» Dies sollten wir uns als Richtlinie nehmen, als Lehre für den Vollzug des vorliegenden Beschlusses.

Es gibt viele Gebiete, wo die Schweiz schon im letzten Herbst besser hätte helfen können. Ich erinnere da insbesondere an das Gesundheitswesen, wo es an allen Ecken und Enden mangelt. Deshalb unterbreite ich Ihnen folgenden Antrag:

Wir wollen mit unseren Krediten nicht im luftleeren Raum Unterstützung gewähren. Wir wollen nicht Potemkinsche Dörfer à la Gierék der siebziger Jahre. Wir müssen uns engagiert einsetzen, damit mit den entsprechenden Projekten demotivierte Osteuropäer unser persönliches Engagement sehen und spüren, sich als vollwertige Mitglieder der gesamteuropäischen Gesellschaft verstehen – selbstverständlich ohne Angst vor Grossdeutschland. Nicht als Almosenempfänger, nicht als in die Ecke der Entwicklungsländer Abgeschobene.

Hier sei klar darauf hingewiesen, dass Osteuropahilfe auch im humanitären Bereich nicht auf Kosten der Drittwelthilfe der Schweiz gehen darf. Osteuropa ist auch keine granitene Einheit. Osteuropa heisst blühendste kulturelle Vielfalt in Vergangenheit und Gegenwart. Hilfe an Osteuropa heisst denn auch länderspezifische, aufwendige Hilfe zur Selbsthilfe. Es braucht also grosses Fachwissen über jedes einzelne Land. Dazu müssen Fachleute bereitgestellt werden; diese sollten ja nicht einfach aus den Bereichen des Bawi und DEH, Dritte Welt, EG usw. temporär freigesetzt werden. Man kann vernehmen, dass mit der Botschaft zum Zwecke des Vollzugs zehn neue Etatstellen verbunden sind. Jedes Land, das noch dazukommt, wird weitere Etatstellen notwendig machen.

Um eine Verwässerung, sowohl materiell wie auch – dies ist eigentlich noch wichtiger – durch Fachbegleitung aus dem Bundeshaus zu unterbinden, schlage ich im Hauptantrag eine Beschränkung auf drei Länder und die Ausweitung der Lebensmittelhilfe auf Medizinalversorgungshilfe vor. Dieses Anliegen ist mir so wichtig, dass ich zur gleichen Frage einen Eventualantrag gestellt habe. Allerdings will ich nicht stur sein.

Wenn der Herr Bundesrat deutlich Auskunft gibt über die Verwendung der Mittel, vor allem in Polen und Ungarn, und andererseits auch klar darlegt, dass die humanitäre Hilfe der DEH nicht nur für die Dritte Welt gilt, sondern auch in Osteuropa für die Medizinalhilfe verwendet werden kann, nach dem Verbrauch dieser Mittel wieder aufgestockt wird und die Hilfe an die Dritte Welt darunter nicht leiden muss, bin ich eventuell bereit, meine Anträge zurückzuziehen.

Reimann Maximilian: Es hat mir ein Kollege hier im Rat gesagt: «Was, ausgerechnet Du willst die osteuropäischen Völker mit einem SRG-Radioprogramm beglücken, wo sich doch diese Völker eben vom kommunistisch-sozialistischen Joch befreit haben oder noch daran sind, es zu tun? Und das alles soll noch mit schweizerischen Steuergeldern finanziert werden!»

Wäre dem so, würde ich mit Sicherheit diesen Antrag hier nicht vertreten. Das Thema greife ich auf in Absprache mit den Kollegen Mario Grassi und Pierre Etique, die mit mir zusammen Mitglieder der Programmkommission von Radio Schweiz International sind, dem SRG-Kurzwellenprogramm für das Ausland.

Das Vorhaben geht zurück auf einen parlamentarischen Vorstoss von Kollege Paul Günter, der schon vor zwei Jahren ein SRI-Programm in russischer Sprache gefordert hat.

Die Programmkommission von Radio Schweiz International steht dieser Idee grundsätzlich positiv gegenüber. Die jüngsten Ereignisse in Osteuropa haben aber zu einer Erweiterung der Konzeption geführt. Es soll nicht nur in russischer Sprache, sondern auch in anderen osteuropäischen Sprachen gesendet werden. Und die Schweiz soll diese radiophonische Öffnung nicht im Alleingang, sondern – wenn möglich – in Kooperation mit gleichgesinnten westlichen Partnern unternehmen.

Offen ist allerdings die Frage der Finanzierung. Persönlich gehe ich davon aus, dass der SRG-gebührenpflichtige Schweizer Konsument die angestrebte Programmerweiterung, von der er selber ja nichts hat, nicht mitfinanzieren müsse.

Andererseits ist aber der SRG, die bekanntlich nicht auf Rosen gebettet ist, zurzeit kaum zuzumuten, dass sie weitere Mittel für dieses Projekt aufwenden muss. Konkret geht es um einen Betrag, der unter einer Million Franken pro Jahr liegen wird.

Wozu soll dieser Betrag aufgebracht werden? Das Konzept sieht einerseits internationale Nachrichten und schweizerische Meinungen zum Weltgeschehen vor und andererseits spezifisch auf Hörer im Osten ausgerichtete Themen aus der Schweiz. Es sind also geistige, politische, kulturelle Güter, die voll auf der vom Bundesrat ausgearbeiteten Linie der verstärkten Zusammenarbeit mit den entsprechenden osteuropäischen Staaten und Völkern liegen.

Erlauben Sie mir abschliessend noch ein Wort zur Form dieses Begehrens: Natürlich ist mir klar, dass in einen Rahmenkredit hinein eigentlich keine individuell-konkreten Einzelaspekte gehören. Wenn ich den Antrag trotzdem eingebracht habe, so deshalb, weil ich den Bundesrat veranlassen wollte, seine Meinung zum Teilkonzept Ost von Radio Schweiz International vor dem Parlament zu äussern. Da der Bund gemäss Gesetz ohnehin für mindestens die Hälfte des Budgets von Radio Schweiz International aufzukommen hat, würde sich der Bund so oder so im Verlaufe dieses Jahres noch mit dem Thema zu befassen haben.

Wenn Sie also, Herr Bundesrat, hier und jetzt eine positive Absichtserklärung zu diesem Projekt abgeben, dann könnte man sich durchaus überlegen, ob dieser Antrag nicht zurückgezogen werden soll. Sollte Ihre Antwort aber unbefriedigend ausfallen, dann möge das Parlament entscheiden. Würde das Parlament negativ entscheiden, würde ich mich persönlich innerhalb der Programmkommission von Radio Schweiz International für eine Sistierung der ganzen Angelegenheit einsetzen.

Widmer: Wir stellen Ihnen den Antrag, den angebehrten Kredit von 250 Millionen auf 350 Millionen zu erhöhen, also eine Erhöhung um 100 Millionen Franken.

An die Spitze meiner begründenden Argumentation stelle ich eine ganz nüchterne Feststellung: Wir haben in der Schweiz heute ein eminentes Interesse daran, dass sich die Verhältnisse in Osteuropa stabilisieren, das heisst:

1. Stärkung der demokratischen Kräfte in diesen Ländern;
2. Sicherung eines materiellen und ideellen Wohlstandes als Basis für politische Stabilität; und
3. wir müssen verhindern, dass in Osteuropa ein politisches Vakuum entsteht, das für welchen Nachbarn auch immer eine Einladung bedeuten würde, sich in dieses politische Vakuum hineinzubegeben.

Das setzt voraus, dass wir eine deutliche Leistung zugunsten dieser Länder erbringen. Unser Antrag stellt keine Kritik an der Botschaft dar. Aber es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass sich seit dem Zeitpunkt, da die Botschaft formuliert wurde, bis heute eine zusätzliche, starke Veränderung ergeben hat. Die Botschaft ist datiert vom November. Sie wurde im Herbst des letzten Jahres ausgearbeitet; seither hat sich eine stürmische Weiterentwicklung in Osteuropa vollzogen. Denken Sie vor allem an die DDR, an die Tschechoslowakei; und wenn Sie die heutigen Zeitungen öffnen, sehen Sie überall den Hinweis auf Litauen – ein tapferes Volk –, das auch versucht, zu seiner Selbständigkeit zu gelangen. Wir wollen eigentlich nichts anderes, als dass dem Bund die Mittel gegeben werden, damit der ursprüngliche Sinn der Botschaft tatsächlich realisiert werden kann.

Zur Frage, ob wir uns diese 100 Millionen zusätzlich leisten können: Ich halte das für eine rhetorische Frage. Ich gebe Ihnen nur eine Zahl, die Sie alle noch im Kopf haben: Der Reingewinn der drei Grossbanken im vergangenen Jahr betrug 2,5 Milliarden – allein diese Zahl ist das 25fache der Summe, die wir Sie bitten, heute zusätzlich zu bewilligen.

Natürlich ist die Höhe der zusätzlichen Mittel eine Ermessensfrage, das gebe ich zu. 100 Millionen sind eine runde Zahl. Sie könnten auch höher gehen, man könnte auch bescheidener bleiben. Aber wir mussten Ihnen einen konkreten Vorschlag unterbreiten. Die 100 Millionen dürfen als angemessen bezeichnet werden.

Ausserdem wollen wir an der proportionalen Verteilung der Mittel gar nichts ändern. Wir finden die Botschaft gut. Wir wol-

len keine Umverteilung der Gelder. Wir wollen auch keine neuen Grundsätze in die gesamte Hilfe hineinbringen. Wir wollen Ihnen einfach ganz deutlich sagen: Die Schweiz steht jetzt wieder einmal vor der Frage, ob die humanitäre Tradition dieses Landes wirklich realisiert wird, ob die Begriffe Solidarität und Humanität als Grundlagen unserer Aussenpolitik nicht nur Worte sind, sondern dass auch Taten diesen Worten folgen.

Nach meiner Auffassung ist unser Antrag ein Bekenntnis zur gegenwärtigen Welt, ein Bekenntnis zum heutigen Europa. Es ist vor allem ein Bekenntnis der Sympathie für jene Länder, die sich dazu entschieden haben, den mühsamen Weg von der Diktatur zur Demokratie zu gehen. Er ist das Bekenntnis zu einem historischen Ereignis in Europa, dem gegenüber unsere reiche Schweiz einfach nicht kleinlich sein darf. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Bircher: Wir von der SP-Fraktion haben zunächst einmal festgestellt, dass der Bundesrat mit der Präsentation einer Botschaft schon Ende November vergangenen Jahres sehr rasch und auch eigenständig auf die Reformprozesse in Ost- und Mitteleuropa reagiert hat. Wir haben es als erste Feststellung erfreulich gefunden, dass die Schweiz da nicht einfach etwas im Schlepptau anderer Staaten präsentiert hat.

Natürlich hat sich auch uns – um an den Antrag von Herrn Widmer anzuknüpfen – in der Kommission sofort die Frage gestellt: Ist die Höhe des Rahmenkredites von 250 Millionen Franken für die reiche Schweiz richtig bemessen, ist dieser Betrag hoch genug? Ich kann Ihnen, Herr Widmer, verraten, wir haben von unserer Fraktion aus im Rahmen der Kommission auch einen Erhöhungsantrag gestellt. Wir sagten uns zunächst: Der gezogene Kreis um die beiden Staaten Polen und Ungarn ist zu eng. Es sind seit Ende November 1989 andere Staaten in den Reformprozess hineingekommen. Sie kennen sie: Tschechoslowakei, DDR, Rumänien – das Herr Scheidegger ebenfalls wörtlich einbinden möchte –, aber wir haben auch Jugoslawien nicht vergessen. Dieses Land, das seit langem auf einem eigenständigen Kurs ist, läuft gerne Gefahr, jetzt bei diesen Hilfsanstrengungen und diesen Bemühungen um Zusammenarbeit vergessen zu gehen.

Wir hätten also ohne weiteres auch von uns aus den Kreis weiter ziehen können. Aber wir haben in der Diskussion bald bemerkt, dass wir uns heute in einem sehr rasch fortschreitenden Prozess befinden. Was heute noch richtig sein mag, was in der Definition für uns heute noch Geltung haben kann, ist morgen bereits überholt. Sie haben mit der gestern ausgerufenen Selbständigkeit von Litauen bereits wieder einen neuen möglichen selbständigen Staat, für den man Hilfe ebensogut mit einem separaten Antrag jetzt einbauen könnte.

Wir meinen also, es sei falsch, wenn wir in einen Rahmenkredit hinein möglichst viele Details einbauen, es ist auch falsch, wenn wir die Zahl der Länder enumerativ aufzählen. Dem Bundesrat sollte da eine höchstmögliche Flexibilität ermöglicht werden. Diese Flexibilität scheint uns auch deshalb am Platze, weil andere Staaten mit sehr grossen Geberbeiträgen – jetzt parallel zur Schweiz – aktiv werden. Es bestehen Milliardenkredite von den USA, aber auch von der Bundesrepublik, und wir haben eine Gruppe der 24 Geberländer, die sich jetzt in einem Abstimmungsprozess miteinander befinden und bemüht sind, untereinander zu koordinieren, welchen Staaten man bei welchen Anstrengungen helfen will, wieviel für diesen, wieviel für jenen Staat, damit nicht völlig unkoordiniert vorgegangen wird. Aus all diesen genannten Gründen betrachten wir im Prinzip diesen Betrag von 250 Millionen Franken in der Startphase als richtig.

Wir wollen, dass dieser Betrag jetzt zügig in Projekte gesteckt wird. Sollte er beispielsweise nach zwei Jahren statt, wie im Rahmenkredit festgeschrieben, in drei Jahren abgelaufen sein, sollten wir wieder sofort mit einem neuen Kredit vor den Rat treten und einen zweiten, vielleicht dann etwas detaillierteren Rahmenkredit sprechen können, mit dem die Schweiz sich dem Reformprozess in Osteuropa hilfreich zuwenden kann. So gut daher vielleicht die Anträge gemeint sind, so begründet ist unsere Skepsis; wir sind eigentlich der Meinung, dass der Bundesrat und insbesondere das Departement für

auswärtige Angelegenheiten hier jetzt ein gewisses Vertrauen geniessen und wir darauf zählen können, dass sie mit der Hilfe nicht restriktiv vorwärts machen, sondern eben möglichst alle Bedürfnisse, die sich stellen und die sich der Schweiz zeigen, zu befriedigen helfen.

Wir haben trotzdem zu diesem Rahmenkredit noch einige grundsätzliche Bemerkungen, vielleicht auch zu einigen Rahmenbedingungen, die uns wichtig scheinen: Wie Sie gesehen haben, ist der Rahmenkredit aufgeteilt, einerseits in humanitäre, kulturelle, Ausbildungs- und Lebensmittelhilfe, andererseits in finanz- und handelspolitische Wirtschaftsmassnahmen. Wir möchten nun nicht die eine gegen die andere Hilfe ausspielen, aber es scheint uns doch selbstverständlich, dass beide Pfeiler dieser Hilfen einen selbstlosen Beitrag der Schweiz zum Gelingen des Reformprozesses in Ost- und Mitteleuropa bilden sollten. Eigene handels- und ausenwirtschaftliche Interessen sollten deshalb für einmal wirklich keine Rolle spielen, auch beim zweiten Bein, bei den finanz- und handelspolitischen Wirtschaftsmassnahmen nicht. Soviel zu einer ersten Rahmenbedingung, wie uns gerade von der Ehrlichkeit her richtig scheint, wenn wir diesem Rahmenkredit zustimmen.

Eine zweite Rahmenbedingung scheint schon durch den letzte Woche vom Bundesrat präsentierten neuen Rahmenkredit von 3,3 Milliarden Franken für Entwicklungszusammenarbeit, für Entwicklungshilfe, praktisch erfüllt zu sein. Wir haben – mit anderen zusammen, mit Hilfswerken, mit Kreisen aus internationalen Gremien, wo diese Befürchtungen erstmals auftauchten – die feste Ueberzeugung, dass diese Bemühungen, diese Zusammenarbeitsprogramme, oder wenn Sie wollen, diese Hilfe an Ost- und Mitteleuropa, nicht auf Kosten der Dritten Welt gehen dürfen. Wir Schweizer jedenfalls sollten Wert darauf legen, dass keine solche Gewichtsverlagerung in Frage kommt, denn die Nord-Süd-Kluft wird noch lange jene zwischen Ost und West überlagern.

Als dritte Rahmenbedingung scheint uns ein partnerschaftliches Vorgehen bei der Abwicklung dieses ganzen Rahmenkredites am Platze. Gefragt ist unseres Erachtens kein aufdringliches Dreinreden, keine Besserwisserei, wie es zurzeit unser nördliches Nachbarland auf eher peinliche Art demonstriert, sondern wir meinen, dass man auf die Partnerstaaten zugehen sollte, sie ihre Wünsche formulieren lassen sollte, dass man gemeinsam die Bedürfnisse abklärt und zu situationgerechten Lösungen gelangen kann. Der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ist dabei in jedem Falle zu respektieren.

Besonders für die vielen geplanten Ausbildungsprojekte scheint uns dieser Punkt wichtig. Wir glauben auch, dass es sinnvoller wäre, diese Ausbildungsprojekte vor Ort abzuwickeln, um nicht etwa Gefahr zu laufen, hier in der Schweiz praxisfremde Theorien zu dozieren und etwa nur die Kaderleute in solche Projekte einzubeziehen. Wir glauben, dass sämtliche, möglichst alle Arbeitnehmerkategorien von diesem Zusammenarbeitsprozess profitieren sollten, und es scheint uns auch selbstverständlich, dass nicht nur Arbeitgeber oder Managementkreise jetzt diese Ausbildungsprojekte vorantreiben, sondern dass alle Wirtschaftspartner, also auch Gewerkschaften, Genossenschaften, das Gewerbe usw., an diesen Projekten beteiligt werden. Auch wenn der Bund schwerge- wichtig diese Projekte nicht selbst ausführen wird, so sollte er unseres Erachtens auf die Einhaltung dieser genannten Bedingung Wert legen.

Zum Schluss noch eine allgemeine Feststellung: Solche Hilfsprogramme an osteuropäische Staaten mögen manchen verleiten, den Kapitalismus und die Marktwirtschaft in Reinkultur in diese Länder Osteuropas exportieren zu wollen und damit den Sieg über den Sozialismus zu dokumentieren. Das ist eine enge, falsche Optik und führt nicht zur richtigen Lösung. Zum einen herrschte in diesen Ländern kein demokratischer Sozialismus mit Meinungspluralismus, mit Parteienvielfalt, mit demokratischen Rechten für die Bürgerinnen und Bürger, mit eigenständigen, selbstbewussten Sozialpartnern im Rahmen einer sozialen und auch ökologischen Marktwirtschaft, wie wir Sozialdemokraten sie vertreten. Gescheitert ist unserer Meinung nach in Osteuropa vielmehr ein staatskapitalistisches,

ein dogmatisches System mit Bürokratenwillkür, mit Unterdrückung der Menschen, auch mit Raubbau an der Natur und auch weitgehend mit der Priorität der Rüstungsgüterproduktion vor den eigentlichen Bedürfnissen der Menschen in diesen Ländern.

Gefragt sind nun in diesen Ländern keine neuen Schocktherapien à la Adam Smith. Unsere Hilfe und Wirtschaftszusammenarbeit sollte diesen Ländern also keine fertigen Modelle aufzwingen, sondern, wie ich es vorhin genannt habe, sie sollte auf die Bedürfnisse dieser Staaten Rücksicht nehmen. Wenn wir diese Länder Marktwirtschaft lehren wollen, so dürfen das keine Modelle aus der Ära des Manchester-Liberalismus sein, dem andere schwere Mängel innewohnen. Ich erinnere nur etwa an die Bodenfrage, mit der wir uns auch heute noch sehr schwertun.

Gerade die wirtschaftlich möglicherweise schwierige Phase in Osteuropa, wo noch kaum konkurrenzfähige Produkte hergestellt werden können, braucht auch die soziale Komponente als feste Absicherung zur freien Wirtschaft. Es braucht ein soziales Auffangnetz, es braucht eine neu ausgestaltete Arbeitslosenhilfe, den Aufbau freier Gewerkschaften, eine humane und ökologisch ausgerichtete Industriepolitik.

Ich hoffe, dass Sie diesen allgemeinen Bemerkungen zur Sprechung dieses Rahmenkredites zustimmen können.

Burckhardt: Gestatten Sie mir, mein Votum mit einem kurzen Rückblick auf die letzten paar Tage in diesem Hause einzuleiten. Es ist im Hinblick auf das heute zur Diskussion stehende Thema nötig.

Ich glaube sagen zu dürfen, dass die vergangenen Tage nicht unbedingt Anlass zu besonderer eidgenössischer Freude geboten haben. Man hat Worte gehört wie «Polarisierung», «Staatskrise», «Staatsverdrossenheit», «Demagogie» usw., und die Vorwürfe in verschiedenen Richtungen waren unüberhörbar. Gewiss, das anstehende Thema war gravierend und musste mit aller Kraft angepackt werden; aber warum dabei eigentlich die gar so dramatische Uebersteigerung? Wäre man nicht verpflichtet, alles bis zum Schluss ernst zu nehmen, man wäre versucht gewesen, in gewissen Momenten zu denken: «Je me fiche d'être fiché. Et si nous continuons dans ce style, nous serons fichus.»

Die Eidgenossen haben immer dann gehandelt, wenn es ihnen besonders gut gegangen ist – nach den Burgunderkriegen zum Beispiel an der Tagsatzung von Stans, wo man sogar den Heiligen Niklaus von Flüe zur Besänftigung der aufgeregten Gemüter einsetzen musste. Soweit sind wir allerdings noch lange nicht, dass wir heilige Männer bedürfen, um uns wieder zu beruhigen und zum Gemeinsamen zurückzufinden. Aber betrübt konnte man in den letzten paar Tagen in diesem Saal schon werden.

Um so heiterer scheint mir der heutige Sitzungstag zu beginnen: Der Nationalrat kann sich mit etwas für unser Land und für Europa sehr Wichtigem beschäftigen, mit kreativem Wirken für mittel- und osteuropäische Länder, die während fast zwei Generationen in wirklicher Knechtschaft und Unterdrückung haben dahinvegetieren müssen, unter entsetzlichen Gewalt- und Polizeiregimes, unter einem sterilen System unmenschlicher Planwirtschaft, kurz: in einer Situation, mit der sich unsere Sorgen gar nicht vergleichen lassen dürfen.

Nachdem nun der Druck der indirekten Fremdherrschaft in diesen Ländern in sich zusammenzubrechen begann, konnte der dort – der Bericht des Bundesrates spricht von Polen und Ungarn – seit je schwelende Freiheitsdrang zum Durchbruch kommen. Jetzt stehen diese Länder vor uns da, von Unterdrückung und Marxismus ausgelaugt, aber frei, wie wir es immer haben sein dürfen. Wir nämlich sind so wenig in unserer Freiheit behindert, dass wir es offenbar manchmal gar nicht mehr recht zu schätzen wissen, dass wir frei sind. Die Neufreien schauen uns Alt-Freie erwartungsvoll an, uns und den ganzen Westen Europas, hoffend, dass wir ihnen in ihrer Not helfen, ihre Freiheit gesellschaftlich und materiell zu konsolidieren, sie Schritt für Schritt in die Freiheit des Westens zu integrieren.

Und es geschieht sofort vieles in der Schweiz. Ueber alle kleinen und kleinsten Querelen sich langsam unget polarisie-

render Gegensätze, auch über schwere politische Unbill hinweg sind sich praktisch alle Eidgenossen einig, dass man Beiträge leisten müsse zur friedlichen Rückeroberung der Freiheit, die unter bösen Umständen in den mittel- und osteuropäischen Nationen verlorengegangen ist.

Endlich kann man sich wieder an einer grossen historischen Tat kreativ beteiligen. Schon das allein einigt. Und der Vorschlag, den Sie, Herr Bundesrat, und Ihr Departement den Parlamenten hier zur Genehmigung vorlegen, ist in der Ausgewogenheit und der Promptheit, mit der er vorgelegt worden ist, geeignet, dem allgemeinen Elan zusätzlichen Schwung zu geben.

Er hält sich auch in seiner vielleicht trockenen Art an beste eidgenössische Tradition. Er gibt Richtlinien für private Leistungen und legt Wert auf äusserste Effizienz der Einsätze. Er strebt Schneeballeffekte an. Er kombiniert öffentliche und privatwirtschaftliche Anstrengungen, ohne dass jemand auch nur auf den Gedanken der Verflüchtigung von Wirtschaft und Staat käme. Er gibt im Prinzip öffentliche Gelder hauptsächlich dort, wo sich private Effizienz mit amtlicher Disziplin lebendig kombiniert. Kurz: Der Vorschlag ist gut, von fast nostalgischer Qualität.

Wahrscheinlich ist der Vorschlag Scheidegger richtig, die Anstrengungen nicht zu verzetteln, sondern vorläufig auf Polen und Ungarn zu konzentrieren und die neu dazu gekommenen Länder (DDR, Tschechoslowakei, Rumänien, allenfalls Jugoslawien) neu zu alimentieren. Wir erwarten entsprechende Vorschläge von Seiten des Bundesrates. Die eigentliche wirtschaftliche Rückgewinnung der ost- und mitteleuropäischen Länder muss weitgehend privat- und marktwirtschaftlich vor sich gehen und ist mit grossen Risiken verbunden. Politisch aber können wir die neu anlaufende Bewegung mit den vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen einleiten.

Im Namen der LPS bitte ich Sie darum, die Vorschläge des Bundesrates heiteren Gemütes und mit Optimismus zu akzeptieren, damit ein Schritt in einer guten und gesunden Richtung getan wird. Denn eines dürfen wir nicht annehmen: dass mit diesem Schritt unsere Pflicht Mittel- und Osteuropa gegenüber erfüllt sei. Es wird ein Anfang gemacht auf einem langen, schwierigen und teuren Weg, an dessen Ziel das freie Gesamteuropa liegt.

Wir müssen ihn durchgehen, diesen langen Weg, freudig und dankbar dafür, dass wir Miteuropäern bei ihren Bemühungen um Konsolidierung ihrer Demokratien zur Seite stehen dürfen und auch können. Die materiellen Mittel dazu haben wir; Herr Widmer hat es uns deutlich gesagt. Die geistige Substanz und den Durchhaltewillen müssen wir in Einigkeit und ohne grosse Geschichten aufbringen.

Für die Arbeit, Herr Bundesrat, welche Sie und Ihr Departement – ehrlich gesagt – viel schneller als erwartet hier erbracht haben, darf ich Ihnen namens der LPS ganz herzlich danken.

Frau Diener: Im Namen der grünen Fraktion möchte ich Ihnen, Herr Bundesrat Felber, ganz herzlich danken für Ihre aktive Osteuropapolitik und für das Setzen eines ersten Schwerpunktes mit der jetzigen Diskussion über diese Vorlage.

Die grüne Fraktion unterstützt den Rahmenkredit von 250 Millionen Franken im Sinne einer ersten Soforthilfe für osteuropäische Staaten mit den Schwerpunktländern Polen und Ungarn, besonders auch unter dem Aspekt der zusätzlichen Information, die Sie letzte Woche, Herr Bundesrat, im Ständerat gegeben haben. Sie haben dort betont, dass diese Hilfe nicht auf Kosten unserer Hilfe für die Drittweltländer geht. Das ist für unsere Fraktion etwas sehr Wichtiges.

Sie haben dann auch betont, es handle sich hier um eine politische Geste, die mithelfen soll, die Voraussetzung für die Konsolidierung des Demokratisierungsprozesses zu schaffen. Die Hilfe soll gewährt werden im Spielraum zwischen «nicht aufdrängen» und «nicht bedingungslos». Pfeiler müssten sein: demokratischer Pluralismus, Respekt vor Menschenrechten und Hinwendung zur Marktwirtschaft. Da diese Pfeiler und die Spielraumgrenzen jedoch trotz allem einen recht grossen Raum freilassen, möchte ich für die grüne Fraktion noch einige grundsätzliche Akzente zur Osteuropapolitik setzen.

Es ist immer einfacher, über die Fehler und das Fehlverhalten

anderer Staaten zu sprechen als über die eigenen. Das ist an sich nichts Neues. Doch wenn es um Hilfeleistungen, um Ratschläge und Kritik geht, sollte man Transparenz und Klarheit über das eigene Verhalten besitzen. Hilfe setzt kritisches Selbstbewusstsein voraus, wenn die Hilfe nicht zur Uebertragung der eigenen politischen und wirtschaftlichen Schwachstellen führen soll.

Wir stehen heute bekanntlich beim Versuch eines völligen Neubeginns für ein grösseres, friedlicheres Europa von freien und vielfältigen Menschen. Da sind nicht nur die Osteuropäer Lernende, da sind auch wir Schweizerinnen und Schweizer Lernende; denn es genügt nicht mehr, wenn wir unsere alten Denkklišees aus der historischen Mottenkiste ziehen und den altbekannten Refrain singen: Was nützt es uns?

Historische Prozesse – und in einem solchen befinden wir uns heute – müssen alle Beteiligten berühren und in einen Entwicklungsprozess miteinschliessen. Da können wir nicht die Rolle des mustergültigen reichen Gönners spielen, der seine Identität in der Belehrung findet, sondern in einer offenen, dialogfähigen und von geistiger und politischer Toleranz geprägten Haltung. Da haben dann weder symbolische Milchpulversendungen noch Krämergeist ihren Platz. Es geht – und das haben Sie auch betont, Herr Bundesrat – um Hilfe zur Selbsthilfe. Selbsthilfe beinhaltet natürlich auch ein grosses Mass an Selbstbestimmung.

Wenn wir die ökologische Situation der Oststaaten betrachten, dann werden wir über alle Parteigrenzen hinweg bestätigen: Rasche Hilfe ist unumgänglich. Die vier Jahrzehnte planwirtschaftlicher Staatsbürokratie haben im Osten ein ökologisches Katastrophengebiet und leere Kassen hinterlassen. In Polen z. B. belaufen sich – nach Schätzungen – die volkswirtschaftlichen Verluste durch Umweltbelastungen auf 10 bis 20 Prozent des Nationaleinkommens. In diesem Problemkreis haben wir Schweizer in der Vergangenheit keine Musterschülerrolle gespielt, haben wir doch liebend gern unseren Sondermüll nach dem viel benutzten «Sankt-Florians-Prinzip» in den Osten transportiert.

Sind angesichts dieser Situation die 30 Millionen Franken für Umweltschutz eingesetzten Mittel nicht viel zu wenig? Herr Bundesrat, wie stellen Sie sich zum vom bundesdeutschen Umweltminister Klaus Töpfer vorgelegten ökologischen Europaplan? Der Investitionsbedarf von 1991 bis 2010 liegt ja bei etwa 200 Milliarden Franken. Diese 200 Milliarden Franken sollen mit einer Umweltabgabe auf fossilen Energieträgern erbracht werden. Die Schweiz würde sich nach Berechnungen mit 0,9 Prozent am Gesamtplan beteiligen, was jährlich rund 140 Millionen Franken ausmachen würde. Hier in der Vorlage sind 30 Millionen Franken für drei Jahre eingesetzt. Es würde die grüne Fraktion interessieren, wie Sie sich dazu stellen.

Wenn wir schon bei der Oekologie sind: Investitionsförderung darf aus der Sicht der grünen Fraktion nur umweltgerechte Investitionen beinhalten. Der Aufbau einer eigentlichen Umweltindustrie muss unterstützt werden. Denkbar sind Gemeinschaftswerke oder Hilfen zur Umstellung, z. B. von Rüstungsbetrieben auf umwelttechnologische Produktion.

Neben dem Problem Oekologie sind für die grüne Fraktion die Förderung des politischen Pluralismus und des sozialen Netzes äusserst wichtige Punkte. Politischer Pluralismus ist ja auch für uns Schweizerinnen und Schweizer keine Selbstverständlichkeit. Das haben die Fichen-Geschichten deutlich gezeigt. Offenbar tun wir uns mit dem gelebten politischen Pluralismus auch in der Schweiz sehr schwer. Auch wir gehören hier ganz sicher zu den Lernenden und nicht zu den Lehrmeistern.

Wenn ein Demokratisierungsprozess zu einer stabilen, lebendigen Staatsform führen soll, dann müssen auch gewerkschaftliche Rechte Platz haben; denn das Ziel kann nur eine ökologische und soziale Marktwirtschaft sein.

Zusammenfassend heisst es: Die Vision, dass eine reine Globalisierung des Marktes zu mehr Frieden, mehr Gerechtigkeit oder zu ökologischem Gleichgewicht führt, stimmt nicht. Die Nachkriegspolitik mit der Hoffnung, dass dort, wo Waren zirkulieren, die Waffen schweigen und Gerechtigkeit einzieht, ist nicht eingetroffen. Die Gefahr ist gross, dass anstelle der Eroberung fremder Territorien heute die Eroberung von fremden

Märkten durch profitfreudige Unternehmen und Staaten tritt. Machen wir diese Fehler nicht mit den osteuropäischen Ländern. Am Schluss wären wir alle Verlierer.

Nun noch ein Wort zum Antrag von Herrn Maximilian Reimann: Dieser Antrag gehört aus der Sicht der grünen Fraktion in den gleichen Bereich wie die Frage: Was bringt oder was nützt uns dieses Hilfspaket? Diese Frage wurde nämlich aus der gleichen Fraktion in der Kommission gestellt und zeugt von einem kolonialistischen Zeitgeist, der der Vergangenheit angehören muss. Genau diese elitäre Haltung hat in der Vergangenheit zu so grossen Schäden in der Entwicklungshilfe geführt. Hilfe zur Selbsthilfe, nicht zum Eigennutz, muss heute gelten. Sicher brauchen die Oststaaten dringend Pluralismus in der Medienwelt, das sollten wir auch unterstützen; aber für die grüne Fraktion kommt es nicht in Frage, einen sogenannten «Missionarssender» von Radio Schweiz International aus diesem knappen Kredit von 250 Millionen Franken mitzufinanzieren.

Frey Walter: Ich darf zu Ihnen im Namen der SVP-Fraktion sprechen.

Zur Ausgangssituation: Im Herbst 1989 zeichnete sich in Polen und Ungarn der feste Wille zu tiefgreifenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reformen ab. Die Vielzahl grundlegender Probleme, mit denen diese Staaten konfrontiert sind, macht bei ihrer Bewältigung eine Unterstützung aus dem Westen notwendig. Der Bundesrat hat auf konkrete Begehren aus Warschau und Budapest schnell, sehr schnell, reagiert und eine Botschaft zur Leistung von Sofortmassnahmen ausarbeiten lassen.

Nun zum Inhalt der Botschaft: In seiner Botschaft vom 22. November 1989 beantragt der Bundesrat einen Rahmenkredit von 250 Millionen Franken für einen Zeitraum von mindestens drei Jahren zur Finanzierung von Sofortmassnahmen im Rahmen verstärkter Zusammenarbeit mit reformwilligen osteuropäischen Staaten. Der Bundesrat sieht Massnahmen vor in den Bereichen Wirtschaftshilfe, humanitäre Hilfe, Kultur, Wissenschaft, technische Unterstützung sowie im allgemeinen politischen und sicherheitspolitischen Bereich. Es soll sich dabei um kurz- und mittelfristige Projekte handeln. Sie sollen auf bilateraler Ebene und weitgehend im Rahmen bestehender Institutionen, der KSZE, insbesondere der N+N-Gruppe, des Europarates, der Europäischen Wirtschaftskommission der Uno, der OECD und der Efta, verwirklicht werden.

Selbstverständlich könnte die Botschaft heute aktualisiert werden. Der Bericht konzentriert sich auf der Ebene konkreter Projekte auf die Länder Ungarn und Polen. Ihre Reformbestrebungen waren zum Zeitpunkt, als der Bericht verfasst wurde, am weitesten gediehen. Revolutionäre Prozesse in der DDR, der CSSR, in Rumänien und Bulgarien waren noch nicht absehbar. Heute würden bei aller Verschiedenheit der Entwicklungen, mit Ausnahme Albaniens, alle osteuropäischen Staaten den im Bericht formulierten Grundsätzen und Voraussetzungen für die Gewährung von Hilfe genügen. Das heisst, potentielle Empfängerländer sind heute nicht nur Ungarn und Polen, sondern auch die DDR, die CSSR, Rumänien und Bulgarien. Bezüglich schweizerischer Massnahmen für die UdSSR vertritt man im EDA die verständliche Meinung, das Land komme für Projekte im Ausbildungsbereich und im Kulturbereich wohl in Frage, ansonsten könne es nicht Aufgabe der Schweiz sein, einer Grossmacht Hilfeleistung anzubieten. Was die DDR betrifft, will man sich angesichts des starken Engagement der BRD im Bereich der Wirtschafts- und Finanzhilfe nicht verpflichten.

In bezug auf die Efta ist die Botschaft insofern zu aktualisieren, als die Verhandlungen der Efta mit Ungarn zur Bildung eines Gemischten Ausschusses kurz vor dem Abschluss stehen. Polen und die UdSSR haben ebenfalls Interesse angezeigt. Für die DDR gilt wohl, dass sie sich im Blick auf eine Wiedervereinigung eher auf die EG ausrichten wird.

Nun zur Beurteilung aus der Sicht der SVP: Die Mitglieder der SVP-Fraktion haben sich bereits im letzten Herbst für Massnahmen der Schweiz zur Unterstützung von Polen und Ungarn eingesetzt. Ich erinnere Sie an die Interpellation Rohrbaser vom 18. September 1989 und an die Empfehlung Seiler

vom 6. Oktober 1989. Das vom Bundesrat vorgelegte Massnahmenpaket erscheint uns unter dem Gesichtswinkel zentraler aussenpolitischer Maximen und Grundsätze der Schweiz – ich denke an Solidarität, Einsatz für die Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung – gerechtfertigt und sinnvoll. Die angesprochenen Massnahmen sind auch unter dem Aspekt schweizerischer Sicherheitspolitik zu begrüssen. Sie sind ein Beitrag zur Förderung eines kontrollierten Prozesses der Umgestaltung und damit zur Stabilität Europas. Die Massnahmen sollen dem Kriterium der Hilfe zur Selbsthilfe und damit der Förderung der Selbstverantwortung dienen. Zudem sollen sie in den jeweiligen Reformprozess integriert und den Bedürfnissen angepasst werden. Diese Kriterien erscheinen mir alle als sehr sinnvoll.

Die schweizerische Wirtschaft engagiert sich in den osteuropäischen Staaten nur zögernd, das sei zugegeben. Die grossen wirtschaftlichen Probleme und der noch ungewisse Ausgang einsetzender Reformprozesse, die wirtschaftliche Probleme zum Teil noch verschärfen, schaffen kein für Investitionen notwendiges Klima des Vertrauens. Vor diesem Hintergrund gewinnen Massnahmen zur Bewältigung akuter Probleme, insbesondere Projekte im Bereich der Ausbildung und der Vermittlung an Know-how, an Bedeutung.

Ich möchte den Bundesrat bitten und anfragen, die rechtlichen Grundlagen in bezug auf das Arbeitsrecht noch einmal zu überprüfen, so dass wir beispielsweise auch Lehrlinge aus den osteuropäischen Staaten in der Schweiz aufnehmen könnten, oder im Sinne eines «Training on the job» vielleicht ein spezielles Ausländerkontingent zu schaffen, das wir dann effektiv ausnützen könnten. Dies würde ganz sicher auch ein Beitrag sein zur Linderung der sich jetzt erstmalig in diesen Ländern abzeichnenden Arbeitslosensituation.

Nun in bezug auf die Minderheitsanträge, die Höhe und die Laufzeit des Kredites: Ich möchte Herrn Bundesrat Felber ausdrücklich danken, dass er in der Kommission einen entsprechenden Antrag abgelehnt hat. Er hat Bedürfnisse von 250 Millionen Franken ausgewiesen. Er hat gesagt: Diese könne er im Sinne der Botschaft überwachen und bewältigen. Wenn er mehr Geld brauche, dann werde er sich wieder an uns wenden. Ich glaube auch, es ist nicht in allererster Linie eine Frage des Geldes, sondern des gezielten Einsatzes. Die Schweiz verfügt in bezug auf Katastrophenhilfe über sehr viele Erfahrungen. Wir haben auch Erfahrung in bezug auf Entwicklungshilfe. In dieser «Strukturhilfe», wie ich sie jetzt bezeichnen möchte, haben wir noch keine Erfahrungen gesammelt.

Es entspricht einem pragmatischen Vorgehen, dass wir alle, die haushälterisch mit den Mitteln umgehen möchten, anstreben müssen, dass man an diesem Projekt jetzt einmal Erfahrungen sammeln soll, diese auswerten und dann in eine zukünftige Strukturhilfepolitik einbringen soll. Wir bitten den Bundesrat, auch in bezug auf diese Strukturhilfe an einen Grundsatz zu denken, der in der Botschaft meiner Meinung nach zu wenig zum Ausdruck gekommen ist: Es ist der Grundsatz der Konzentration der Mittel.

Es stellt sich die Frage, ob sich ein kleiner Staat wie die Schweiz, was konkrete Massnahmen betrifft, nicht auch in Zukunft auf zwei oder höchstens drei kleinere Staaten konzentrieren sollte. Dafür spricht, dass man sich so besser und gezielter auf die Bedürfnisse dieser Länder in den verschiedenen Bereichen einstellen, die Hilfe damit auch effizienter gestalten könnte. Dagegen spricht allerdings, dass es der Schweiz schlecht anstünde, wenn sie Staaten, die den erwähnten Grundsätzen entsprechen, von Hilfeleistungen ausschliesse. Dennoch steht fest, dass im Interesse einer wirkungsvollen Hilfe Schwerpunkte gebildet werden müssen. Ein Kompromiss könnte darin bestehen, Massnahmen im Bereich der Kultur, der Wissenschaft und der Ausbildung generell allen reformwilligen Staaten offenzuhalten, bei den anderen Massnahmen jedoch klare Schwerpunkte zu bilden.

Im Gegensatz zu meinem Kollegen, dem Fraktionssprecher der SP, bin ich persönlich gar nicht dagegen, wenn wir durchaus auch das Interesse der Schweizer Wirtschaft berücksichtigen, denn wenn das Interesse der Schweizer Wirtschaft an solchen Strukturhilfemassnahmen geweckt werden kann, wird

effektive Basishilfe geleistet, die dem Volk – davon konnte ich mich persönlich überzeugen – am dringlichsten erscheint. In bezug auf den Minderheitsantrag Reimann finde ich die Grundidee begrüßenswert, auf der anderen Seite – das hat er selbst ausgeführt – ist es ein Rahmenkredit. Ich möchte dem Bundesrat diesen Rahmenkredit überlassen, wie er ihn gewünscht hat, in Freiheit überlassen, ihm nicht zu viele Auflagen machen. Er hat selbst versprochen, dass er aus diesen Kompetenzen die notwendigen Erfahrungen ziehen und sie uns nachher mitteilen will, so dass wir bei den nächsten Projekten dann bereits auf Erfahrung aufbauen können. Die SVP-Fraktion beantragt die Annahme der Vorlage, und zwar in der vorliegenden Form.

Frau Grendelmeier: Ich kann mich sehr kurz fassen. Sie haben vorhin unseren Fraktionschef Sigmund Widmer gehört, der mit seiner Antragsbegründung auf Erhöhung dieses Rahmenkredites von 100 auf 350 Millionen bestens und vollumfänglich die Meinung unserer Fraktion wiedergegeben hat. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, warum es unserer Fraktion wichtig erscheint, dass wir diesen Kredit erhöhen. Sigmund Widmer hat es gesagt: Es handelt sich hier um eine von Anfang an veraltete Vorlage. Die Vorlage war bei der Drucklegung bereits veraltet, weil sie ursprünglich nur die Länder Polen und Ungarn im Auge hatte. Für diese beiden Länder waren 250 Millionen möglicherweise gerade gut genug, um mindestens starten zu können. Inzwischen aber sind sehr viele Länder dazugekommen, und der Bundesrat tut gut daran, diese mit zu berücksichtigen, wenn auch das Hauptgewicht nach wie vor auf den beiden erstgenannten Ländern liegt. Somit ist es gar nicht möglich, diese Vorlage überhaupt zu erfüllen. Die Summe stimmt von Anfang an nicht. Natürlich haben wir uns überlegt, warum 100 Millionen mehr. Ist es nicht auch zuwenig? Es ist bestimmt zuwenig. Aber es gibt dem Bundesrat die Möglichkeit, die Grenzen der Hilfe so weit zu stecken, dass wir wenigstens die neu dazugekommenen Länder und damit die neu dazugekommenen Hilfsbegehren wenigstens anfänglich mitberücksichtigen können. Wir sind auch der Meinung, dass möglicherweise schon sehr bald eine neue Vorlage mit neuem Kreditbegehren vor dieses Parlament kommen muss, und zwar ohne dass wir abwarten, bis diese drei Jahre vorbei sind. Wir möchten eine Hilfe schaffen, die sich überlappt, und nicht erst warten, bis wir am Boden unserer Kasse angelangt sind. Sollte jemand der Ansicht sein, dass 100 Millionen zuviel sind: Herr Widmer hat das sehr gute Beispiel der Schweizer Banken gebracht; ich möchte Sie noch auf ein anderes Beispiel aufmerksam machen, das in diesem Parlament jedes Jahr einmal diskutiert wird: den Milchpreis. Wir haben es inzwischen geschafft, eine Milliarde für ein einziges Produkt und seine Nebenprodukte auszugeben. Ich glaube, wenn sich ein Land für dieses eine Produkt eine Milliarde leisten kann, dürfte ein Zehntel davon wohl ein Minimum sein, vor allem, wenn wir uns vorstellen, dass wir das reichste Land der Welt sind und endlich Terrain gutzumachen haben, denn der Ruf der Schweiz – das wissen vielleicht noch nicht alle – ist inzwischen miserabel geworden. Wir haben den Ruf von Kleinkrämern, wir haben den Ruf von Geizhalsen, und diesen Ruf können wir uns nicht mehr lange leisten, wenn wir noch irgend etwas beitragen möchten in diesem Europa, in diesem neuentstehenden Europa, zu dem auch wir gehören. Vergessen Sie eines nicht: Europa kann wunderbar existieren ohne uns. Eine andere Frage ist, ob wir auf Europa verzichten können. Es ist nur fair, wenn wir hier dem Bundesrat die Mittel in die Hand geben, um wenigstens den Start machen zu können, den er bei der Drucklegung dieser Vorlage ursprünglich machen wollte. Ich bitte Sie also, unserem Auftrag auf Erhöhung zuzustimmen, wie auch – nebenbei bemerkt – dem Antrag von Herrn Reimann, dem wir ebenfalls zustimmen, da er ja ursprünglich aus unseren Reihen kam.

Dietrich: Als der Bundesrat gegen Ende letzten Jahres die Soforthilfe angekündigt hat, war das Echo weltweit sehr positiv. Es war die erste Regierung überhaupt, welche eine solche Hilfe in Aussicht gestellt hat. Am Forum in Davos wurde das

sehr positiv vermerkt. US-Aussenminister Baker hat sich darüber geäußert, und Bundeskanzler Kohl beispielsweise. Wir danken dem Bundesrat für diese wohl notwendige und gute Imagepflege, aber auch für sein rasches Handeln.

Richtig ist: im Zeitpunkt des Erscheinens der Botschaft waren die Entwicklungen in der DDR, in Rumänien, in der Tschechoslowakei, in Bulgarien noch nicht absehbar. Dass der Bundesrat die Schwergewichte auf Polen und Ungarn gelegt hat, ist richtig, sah man doch dort echte Fortschritte in Richtung Demokratisierung, die in diesem Land nicht zuletzt dank dem massgebenden Einfluss der Kirche und des polnischen Papstes zustande kamen.

Wir erachten es als richtig, dass der Bundesrat Grundsätze und Richtlinien für die Gewährung von Hilfen aufgestellt hat: Es kommt auf den Stand des Reformprozesses an; es kommt darauf an, wem wir das Geld geben; es kommt darauf an, wer überhaupt etwas will. Herr Bundesrat Felber hat uns in der Kommission dargelegt, dass nicht alle Staaten finanzielle Unterstützungen von uns wollen. Vielleicht ändern sich diese Auffassungen im Laufe der Zeit.

Ich komme zur Stellungnahme über die Höhe des Kredites. Hier müssen Geld und Geist fließen. Der Bundesrat sagt, wir wollen bedürfnisgerecht, nach Mass, Hilfe geben. Wir haben inzwischen von zahlreichen in Diskussion stehenden Projekten gehört, im Hinblick auf Logistik, auf Distribution, auf Milchversorgung, Umweltschutz, aber auch von sehr vielen Begehren um Beratung, um Gedanken- und Erfahrungsaustausch, um Lernen über Strukturen, über Pluralismus, Aufbau des Föderalismus bis hinein in ganz einfache Gebiete: Wie organisiert man einen Wahlkampf (wie wir dies mit einer tschechischen Gruppe erleben) usw. Es tut sich ausserordentlich vieles, und es gibt auch viele Vereine, Verbände, Firmen, Institutionen, die, ohne auf Bundeshilfe zu warten, sofort einsteigen und Hilfe gewähren, und Gemeinden, die bereits Patenschaften geschlossen haben. Das ist Hilfe, die sich nicht mit Geld aufwiegen lässt.

Dies ist sehr wichtig. Auch unsere Entwicklungszusammenarbeit der letzten Jahre und Jahrzehnte hat aufgezeigt, dass es mit Geist und mit Gespräch oftmals möglich ist, viel bessere Dinge zu leisten als wenn man einfach Geld gibt.

Ich habe in diesem Zusammenhang eine Frage an Herrn Bundesrat Felber: Wie ist die Koordination auf nationaler Ebene in der Fülle der diskutierten Projekte organisiert? Wie spielt sie? Es scheint mir richtig, dass nicht nur in Aktivismus gemacht wird, sondern dass die Projekte möglichst gebündelt werden und zielgerecht zum Einsatz kommen.

Es ist sehr selten in diesem Haus, dass man dem Bundesrat 100 Millionen Franken zusätzlich andrehen will. In der Kommission wurde eingehend darüber gesprochen. Die einstimmige Kommission wäre ohne weiteres bereit gewesen, Ihnen einen erhöhten Kredit zu beantragen: 300, 350, 400 Millionen Franken, wenn der Bundesrat dies gewünscht hätte. Herr Bundesrat Felber hat uns eindeutig dargelegt, dass er es im Augenblick nicht für notwendig erachte, diesen Kredit zu erhöhen.

Wir sind der Meinung, dass wir dem vom Bundesrat verlangten Kredit zustimmen sollten, dass der Bundesrat innerhalb dieses Rahmenkredites flexibel sein muss und flexibel handeln kann, und dass wir offen und bereit sind, wieder ja zu sagen, wenn der Bundesrat weitere Kredite verlangt. Wir können uns so organisieren, dass wir das rasch entscheiden könnten. Es war auch die Rede davon, wir wollten profitieren, wir seien Krämerseelen usw. Ich glaube, es ist normal, sowohl in den menschlichen Beziehungen als auch in den Beziehungen zwischen den Völkern, dass es keine Einbahnstrassen gibt. Ich bin nicht der Meinung, dass wir aus diesen Geschäften profitieren sollten. Aber es würde mich im Hinblick auf die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes interessieren – ich bitte Herrn Bundesrat Felber, eine Aussage zu machen –, wie der Bundesrat die Entwicklungen im Osten auf die Ausgestaltung des Europäischen Wirtschaftsraumes beurteilt. Welche Szenarien sieht er hier? Wir sind alle daran interessiert, dass der Osten Europas, ehemals Mitteleuropa, ebenfalls in dieses «Haus Europa» eingebunden wird.

Der Antrag von Herrn Reimann ist sympathisch; ich denke

aber, das Anliegen sei ausserhalb dieses Kredites lösbar. Als ehemaliges langjähriges Mitglied der Programmkommission Radio Schweiz International muss ich Frau Diener bitten, gelegentlich diese Programme zu hören. Sie haben mit Missionarismus gar nichts zu tun; es handelt sich um hervorragende, ausgezeichnete Information.

Die christlich-demokratische Fraktion stimmt dem vorliegenden Antrag zu. Wir haben alles Interesse am Wandel im Osten, einem Wandel, der die Stabilität nicht gefährdet, der den Menschen in diesen Gegenden Europas politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheiten bringt.

Mühlemann: Die freisinnig-demokratische Fraktion stimmt der Vorlage des Bundesrates aus Ueberzeugung zu. Sie begrüsst die Aktion des Bundesrates im Sinne einer pionierhaften Leistung, in der man es einmal gewagt hat, als erste Nation vorzustossen in ein Gebiet, das tatsächlich wichtig ist, aber auch nicht ganz unbedenkliche Entwicklungen zeigt.

Der Bundesrat wird sich Rechenschaft geben müssen, dass er hier von Fall zu Fall Prioritäten setzen muss. Unser Kollege Scheidegger hat schon darauf hingewiesen, dass die Botschaft, die im September entwickelt wurde, einer dauernden Aktualisierung bedarf. Wir glauben, dass der Bundesrat die politische Entwicklung im Osten sehr sorgfältig verfolgen muss.

Sie können heute Osteuropa nicht einfach global beurteilen. Osteuropa ist heute im Stand der Entwicklung von Land zu Land grundsätzlich verschieden im Fortschritt der Demokratie, in der Entwicklung hin zu dem, was Gorbatschow als Glasnost und Perestroika bezeichnet hat.

Von der Demokratisierung her gesehen müssten wir ganz eindeutig das Schwergewicht auf Ungarn legen. Wenn am 25. März eine glaubwürdige Opposition unter Führung von Antall und anderen demokratisch gesinnten Persönlichkeiten den Sieg davonträgt, werden wir wahrscheinlich im Osten das erste Perestroika-Land erleben, das auch Chancen bietet, tatsächlich wegzukommen von einer zentralen Planwirtschaft zugunsten einer echten Marktwirtschaft, die längerfristig Erfolg verspricht.

Auf der anderen Seite gibt es nicht nur ökonomische und politische Ueberlegungen. Es gibt auch das Herz, das in humanitärer Weise etwa dafür sprechen möchte, dass das grösste Armenhaus in Osteuropa, Rumänien, eigentlich vor allem Hilfe nötig hätte, dass man dort ansetzen müsste, weil dieses Land heute in eine ganz gefährliche politische Entwicklung hineingeraten ist. Sie haben ein politisches Vakuum, bei dem Alt-Kommunisten um die Macht ringen, zusammen mit oppositionellen Studentengruppen und mit den Vertretern der früheren klassischen Parteien. Niemand weiss, wohin die Reise geht. Es ist nicht auszuschliessen, dass sogar eine militärische Diktatur à la Antonescu entstehen könnte; niemand kann sagen, wo dieses leidgeprüfte Land am Schluss enden wird. Ähnliches gilt übrigens für Bulgarien, das ebenfalls sehr instabile Verhältnisse aufweist.

Ein Sonderfall ist Polen und wird es immer bleiben. Sie können Polen nicht unbedingt mit Ungarn vergleichen. Wir haben in Polen sehr viel irrationalere Vorgehensweisen. Die Polen sind ein Volk, das im Guten und im Schlechten emotional handelt. Wir haben in Polen keine demokratisch geformten Parteien; wir haben Bewegungen wie die Solidarnosc. Wir haben eine katholische Kirche von bedeutender Stärke. Wir haben aber auch einen – wie ich glaube – immer noch kommunistisch orientierten Staatspräsidenten Jaruzelski, der nicht wegkommen kann von der Ausbildung, die er in Moskau genossen hat. Polen ist also in dieser Beziehung nicht so berechenbar wie etwa Ungarn.

Ich darf noch ein Wort sagen zur Tschechoslowakei: Es geht in der Tschechoslowakei auch wieder um ein sehr hartes Ringen zwischen neuen, progressiven Kräften und bisherigen Leuten, die man in der DDR gemeinhin als «Wendehälse» bezeichnet. Solange wir neben dem Aushängeschild Dubcek im tschechischen Parlament einen Vertreter als Vizepräsidenten haben, der seinerzeit bei der Gruppe war, die die Russen ins Land gerufen hat, gilt es, vorsichtig zu sein. Wir wollen nicht Finanzhilfe in Länder schicken, bei denen am Schluss die letzten Kommu-

nisten mit den letzten Gulasch-Kanonen profitieren können. In dieser Beziehung ist eine sorgfältige Ueberprüfung der politischen Lage notwendig.

Sehr schwierig ist die Lage in der DDR. Niemand weiss, was aus dem grossdeutschen Mittelreich, das in Planung begriffen ist, entstehen wird. Selbstverständlich ist die Bundesrepublik Deutschland daran interessiert, diese Wiedervereinigung voranzutreiben. Man könnte auch leichtfertig sagen: Westdeutschland wird Ostdeutschland unter die Arme greifen, so dass wir uns darum gar nicht kümmern müssen. Aber Ministerpräsident Modrow hat in Davos eindrücklich darauf hingewiesen, dass man nicht nur auf die Bundesrepublik Deutschland angewiesen sein möchte, sondern dass eine Finanzhilfe, eine Wirtschaftshilfe etwa von anderen Ländern wie der Schweiz durchaus erwünscht wäre, um in der Entwicklung etwas freier zu sein.

Ich sage das so ausführlich, weil ich glaube, dass der Bundesrat und sein diplomatischer Dienst hier eine dauernde Lagebeurteilung vornehmen müssen. Wir müssen leider feststellen, dass das Diplomatische Corps materiell und vielleicht auch qualitativ zuwenig gut ausgerüstet ist, um die Aufgabe richtig in Angriff zu nehmen. Wenn wir heute in Rumänien einen Botschafter mit einer Kanzleiangestellten und einem Botschaftsrat haben, wenn diese drei Schweizer ganz allein in einem Land dieses Problem bewältigen müssen, wird es sehr schwierig.

Ich gebe gern zu, dass Katastrophenhilfe und Rotes Kreuz Unterstützung bringen. Aber das sind zum Teil Leute, die nicht aus unserem Land stammen. Beim Roten Kreuz ist der Leiter ein englischer Arzt. Also wäre es wahrscheinlich notwendig, dass wir den Mut hätten, personelle Verstärkungen im Bereiche der Zukunftsbewältigung einzubringen. Vielleicht wären wir besser etwas zurückhaltender im personellen Einsatz bei der Vergangenheitsbewältigung. In dieser Beziehung stellt sich die Frage der Priorität in verschiedener Hinsicht, auch für uns im Parlament.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass unsere Journalisten in der Aussenpolitik zuwenig engagiert sind. Wir haben zuwenig konkrete Meldungen direkt durch unsere Journalisten aus dem Ausland. Ich hatte Gelegenheit, eine Woche lang in Rumänien den Pressekonferenzen der gesamten Journalistenwelt zu folgen. Es war nie ein Schweizer dabei, weder vom Fernsehen noch vom Radio noch von den gängigen Tageszeitungen. Wir müssen uns nicht wundern, dass wir die aussenpolitischen Entwicklungen verpassen, wenn wir allzu sehr nach innen orientiert sind.

Zur Hilfe selbst: Sie geht aus von Bedürfniskatalogen, die in sehr gründlicher Arbeit durch unseren diplomatischen Dienst in Verbindung mit den Vertretern der verschiedenen Staaten erstellt worden sind. Diese Bedürfniskataloge zeigen deutlich, dass es erstens humanitäre, karitative Hilfe ist, die jetzt in Rumänien primär notwendig ist. Leider sind durch Missverständnisse erste Meldungen erfolgt, die sagten, dass sich Rumänien auf dem Weg der Besserung befinde. Das stimmt nicht. Man hat in Rumänien die letzten Vorräte im Bereiche der Lebensmittelversorgung aufgebraucht. Die medizinische Versorgung ist auf der absolut untersten Stufe. In dieser Beziehung ist das Schwergewicht karitative Hilfe eindeutig auf Rumänien auszurichten.

Die langfristige oder mittelfristige Entwicklungszusammenarbeit, wie sie hier in der Botschaft vorgelegt wird, erstreckt sich auf drei Gebiete: die geistige Hilfe, die Wirtschaftshilfe und die ökologische Hilfe.

Die geistige Hilfe bedarf einer gewissen Prioritätsordnung. Osteuropa ist heute ein Trümmerhaufen, weil dort falsche Politik, marxistische Gleichmacherei betrieben wurde. Wir haben eine Fehlleistung im Bereiche demokratischer Verhaltensweise, eine eklatante Konkurrenzsituation bürokratischer Planwirtschaft. Das muss einmal hingenommen und akzeptiert werden. Wenn man das verbessern will, geht es nur über den demokratischen Transformationsprozess, den Gorbatschow vorschlägt. Es geht nur über mehr Liberalität, über mehr demokratische Gerechtigkeit und über eine Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber, eine Marktwirtschaft, bei der Wettbewerb gross geschrieben ist.

Ich habe bei meinen Begegnungen in Osteuropa hie und da den Eindruck gehabt, es gebe dort mehr Liberale als in diesem Saal. In dieser Beziehung ist es wichtig, dass wir die demokratischen Parteien, die neu entstehen, zu unterstützen versuchen. Coposu, der Präsident der rumänischen Bauernpartei, die ungefähr 500 000 Parteimitglieder hat, war letzte Woche in der Schweiz. Es fehlen ihm alle Ressourcen. Es fehlen ihm professionelle Mitarbeiter, es fehlt ihm eine technische Infrastruktur, aber was noch viel schlimmer ist: es fehlen ihm die Massenmedien.

Diese Partei hat die Möglichkeit, in der Woche 30 Minuten am Fernsehen aufzutreten. Hier, im Bereiche dieser geistigen Hilfe, kann unser Land mitwirken. Herr Bundesrat, hier sind diplomatische Interventionen notwendig und richtig. Der Staat selber wird die Parteien nicht unterstützen können. Das wird Aufgabe unserer Parteien sein, hier die nötige Hilfe zu suchen. Aber es ist wichtig, dass in den zukünftigen Wahlen die Demokratie siegt, und das braucht primär Unterstützung der demokratischen Parteien.

Im Bereiche der Wirtschaftshilfe sollten wir nicht den Fehler begehen, den wir in den siebziger Jahren gemacht hatten, als wir an Polen unbeschränkte Wirtschaftshilfe ohne Kontrolle lieferten. Es braucht projektorientierte Wirtschaftshilfe, und – da gebe ich auch den Grünen recht – es braucht schliesslich eine ökologische Unterstützung.

In dem Sinne bin ich befriedigt, dass mein Postulat in die Botschaft umgemünzt worden ist. Wir werden diese Botschaft unterstützen, aber wir werden auch kontrollieren, ob die Prioritäten richtig gesetzt sind.

M. Martin: A l'instar des orateurs précédents, je viens apporter mon soutien personnel au Conseil fédéral. La liberté, sans un minimum de prospérité – cela a été répété – perd une partie de sa saveur. Le danger de l'évolution vers la liberté c'est que, pendant quelque temps, les pays qui passent à la démocratie ou à l'économie de marché, voient leur prospérité s'altérer: chose difficile à faire accepter si elle se traduit par une diminution des prestations offertes par le régime précédent. Un recul à cet égard serait interprété de manière très critique pour l'économie de marché et, d'une façon générale, à l'égard de l'évolution en cours.

Dans un autre domaine aussi, la liberté va de pair avec l'assurance d'un viatique de qualité, l'autonomie communale et régionale. Dans des Etats jusqu'ici hypercentralisés comme ceux de l'Est européen, avec leur économie collectiviste dirigée du sommet de la hiérarchie, les communes et les régions ne disposaient d'aucune autonomie, leurs ressources leur étaient chichement distribuées par le pouvoir central.

Or, aujourd'hui, il est indispensable que la démocratie se reconstruise depuis la base. Les collectivités locales doivent avoir le maximum d'autonomie et, pour exercer leurs compétences, de ressources propres. Or, elles ne peuvent en avoir que si des entreprises rentables s'établissent sur les territoires communaux concernés et procurent des postes de travail et des impôts, sinon elles ne pourront continuer à vivre qu'avec des subventions de l'Etat central et bénéficier, dès lors, d'une autonomie discutable.

Je viens de passer une semaine en Hongrie, à l'invitation du Ministère de l'Intérieur, et de participer à un séminaire consacré à la réorganisation des pouvoirs locaux. Le problème de l'autonomie financière est une lourde préoccupation des collectivités locales, fondements de la démocratie.

Je demande dès lors au Conseil fédéral d'être attentif à ce problème dans l'application des mesures d'aide aux pays de l'Est. Certes, nous n'avons pas à nous ingérer dans l'organisation interne de ces pays mais, dans la mesure de nos possibilités, que l'on oriente l'aide de façon à poursuivre les objectifs que je viens de définir. Il faut veiller à décentraliser cette aide et faire en sorte que les collectivités locales puissent bénéficier directement de l'apport économique, sans être tributaires du seul pouvoir central. Encore une fois, j'ai entendu un appel très ferme des collectivités locales hongroises à cet égard.

Zwygart: Wir können alle froh sein, dass wir von den Veränderungen in Osteuropa überrascht worden sind. Wir wissen,

dass es noch ein langer Weg ist, bis in den Staaten hinter dem jetzt aufgebrochenen Eisernen Vorhang stabile politische und wirtschaftliche Zustände herrschen werden.

Ich möchte dem Bundesrat danken, dass er einerseits mit dieser Botschaft so rasch gekommen ist und sich auch abgeschlossen zeigt bei Vorstössen wie dem meinigen zur Osteuropa-Soforthilfe.

Die finanzielle Seite wurde schon mehrfach hier diskutiert. Geld allein genügt nicht. Bei einem Besuch im Januar in Rumänien mit einer Delegation, zu der auch Kollege Ott gehörte, mussten wir feststellen, dass es an allem fehlt. Wenn aber auf allen Gebieten – kulturell, wirtschaftlich und wissenschaftlich, aber auch sozial – so grosse Mängel herrschen, muss eine langsame und kontinuierliche Auf- und Zusammenarbeit gesucht werden. Wenn auf einen total ausgetrockneten Boden Regen fällt, dann ist er so hart, dass er zuerst lernen muss, das Wasser wieder aufzunehmen. Vor einer gleichen Situation stehen wir hier.

Diese Völker – jedes ist ein einzelnes Volk im Osten – müssen wieder aufnahmefähig werden, um zu ihrer eigenen Souveränität zu finden. Von ganz wesentlicher Bedeutung ist, dass auch eine kulturelle Identität wiedergefunden werden kann. Es haben nicht alle Völker z. B. die russische Sprache abgelehnt, wie das die Rumänen gemacht haben, wie das in Litauen, Estland und Lettland zum Teil der Fall gewesen ist. Und dazu braucht es auch nicht vor allem Geld, sondern ganz einfach möglichst viele Kontakte auf allen Stufen.

In Rumänien – um auf dieses Land zurückzukommen – weiss man zum Beispiel nicht, wie in einer pluralistischen Gesellschaft eine Stadtverwaltung aussieht. Die Gemeinden wurden abgeschafft und in andere Verwaltungseinheiten eingegliedert, und jetzt braucht man sie wieder. Oder denken wir an das indoktrinierte Schulwesen. Hier können Anstösse von aussen die Hilfe sein, um zur Selbstfindung beizutragen.

Eine Kontaktebene – das habe ich feststellen dürfen – ist besonders wichtig: die Wissenschaft und die Forschung, denn sie geben Impulse. Unsere Wissenschaft und unsere Wirtschaft sollten daran denken, zu Kongressen und Tagungen bewusst auch Leute aus dem Osten einzuladen. Diese Kontaktnahme kostet wenig oder nichts, aber man muss daran denken, und man muss sie organisieren.

Deshalb scheint es mir auch wichtig, dass unsere diplomatischen Vertretungen voll aktionsfähig sind. Ich habe in meinem schon erwähnten Postulat gefordert, dass man da etwas tut. Ich möchte vom Bundesrat selber gerne hören, wie weit diese Bestrebungen sind, diese diplomatischen Verbindungen im Osten nicht auf einer Sparflamme weiterzuführen.

Ich begreife, dass man jetzt nicht explosionsartig auch auf diesem Gebiet etwas tun will. Aber gerade um kulturelle Austausche pflegen zu können, braucht es Kontakte auf Regierungsebene. Ich hoffe, dass wir daran denken, dass wir an einem sehr wichtigen Punkt sind. Osteuropahilfe ist nötig, aber dabei sollten wir die Dritte Welt nicht vergessen. Ich möchte dem Bundesrat danken, dass er mit der neuen Botschaft ein Zeichen gesetzt hat, dass die Dritte Welt für uns mindestens so wichtig ist wie Osteuropa.

Mme Aubry: Il est indispensable qu'une démocratie comme la nôtre s'engage moralement et financièrement à l'égard des pays de l'Est qui ont définitivement abandonné le communisme. Ce dernier n'a jamais résolu de problèmes, il en a créés au contraire, sacrifiant un nombre incalculable de vies humaines de par le monde tout en maintenant des privilèges pour la classe dirigeante, ce qui a poussé des peuples à revendiquer la liberté et la démocratie, souvent au prix de leur propre vie. En ce moment, l'aide de la Suisse est donc importante. J'approuve totalement le message du Conseil fédéral et je l'en remercie, en me permettant cependant de relever deux points où nous devons être tout spécialement attentifs, voire exigeants.

Le respect des droits de l'homme dont certains se gargarisent tant n'est pas appliqué derrière ce qui fut le «rideau de fer». Depuis plus de dix ans, et c'est un problème dont on ne parle jamais, le gouvernement communiste du Vietnam a envoyé des milliers et des milliers de travailleurs en Sibirie et dans cer-

tains pays de l'Est. C'est une main-d'oeuvre habile, qu'on paie à vil prix, car elle sert à rembourser la dette contractée par Ho Chi Min qui a obtenu des armes et de la munition en contrepartie. On ne parle jamais de ces Vietnamiens, nouveaux esclaves du communisme, exilés au tréfonds des régions désertiques de certains pays de l'Est, dont le nombre dépasserait le million. Aucune organisation humanitaire ne s'en occupe ni même ne contrôle les lieux dans lesquels ils vivent de manière très précaire. Pour le gouvernement de Hanoi, ce sont des bouches en moins à nourrir et l'assurance que les Soviétiques ne retireront pas les 50 000 conseillers de leurs bases navales situées en mer de Chine – Cam Ranh et Da Nang, pour ceux qui l'ignorent. Ce serait de notre part un minimum d'exigence et en même temps une aide humanitaire que de faire respecter les droits de l'homme en échange de notre aide financière indispensable à l'économie de ces pays. Depuis que la «Glasnost» existe, il y a même un magazine soviétique, *Ogoniok*, qui dénonce cette ignoble pratique. Ce néo-colonialisme n'est pas acceptable, Monsieur le Conseiller fédéral.

Le deuxième point, que le message mentionne en pages 16 et suivantes, c'est notre appui aux mesures anti-pollution. La situation est catastrophique: rivières, lacs, fleuves sont écologiquement morts, l'air est irrespirable et surchargé de substances toxiques, les forêts ravagées par des pluies acides. Je suis allée moi-même dans cinq pays de l'Est et je l'ai constaté. En RDA, les 80 pour cent de l'électricité sont produits par des centrales thermiques qui brûlent du lignite. Le résultat est que 5 millions de tonnes d'anhydride sulfureux sont rejetées dans l'air chaque année. L'industrie souvent lourde ne tient pas compte de la protection de l'environnement et la moyenne de vie des habitants en est sensiblement diminuée, sans parler des maladies des voies respiratoires que cela provoque. Notre industrie est à la pointe du progrès dans ce domaine et pourrait être de précieux conseil. La pollution ne connaît pas de frontières et en exportant nos expériences ce sont non seulement les pays de l'Est qui en profiteront mais tous les pays d'Europe.

Nous avons donc un rôle de pionnier à jouer, Monsieur le Conseiller fédéral. Je vous remercie d'examiner avec bienveillance mes deux propositions.

Ott: Ich möchte dem Bundesrat gratulieren zu der besonnenen, analytischen, klugen Botschaft, die er uns zu diesem Thema vorgelegt hat. Ich möchte ihn voll unterstützen, und ich danke auch dafür, dass er rasch gehandelt hat.

Es wird uns heute beantragt, der Kredit sei aufzustocken, weil sich nach der Vorlage der bundesrätlichen Botschaft die Lage weiterentwickelt habe und weitere Völker ihre Freiheit erkämpft hätten; ich erinnere an Rumänien. Ich kann dies persönlich als sinnvoll beurteilen, wenn wir versuchen, unseren Handlungsspielraum zu erhalten. Der Begriff Handlungsspielraum ist in der Botschaft ein immer wiederkehrender Begriff. Aber nicht nur die osteuropäischen Länder müssen sich ihren Handlungsspielraum erkämpfen und bewahren, auch wir müssen Handlungsspielraum haben, um auf rasche und spezifische Entwicklungen rasch reagieren zu können.

Es ist beantragt worden, Radio Schweiz International auf osteuropäische Länder auszudehnen. Auch das kann ich als sinnvoll betrachten, denn die Schweiz hätte hier etwas zu bieten. Ich bin auch froh, dass der Bundesrat bereit ist, mein Postulat betreffend die besondere Form der Hilfe an Rumänien und das Postulat des Kollegen Zwygart, der mit mir in Rumänien war, entgegenzunehmen.

Rumänien, das ich selber in einer kurzen, aber intensiven Begegnung gesehen habe, hat mir die Augen geöffnet für das, was die Schweiz in dieser rasch sich wandelnden osteuropäischen Wirklichkeit zu bieten hätte: materielle Hilfe, Geld, Soforthilfe sicher, in dieser kaputten wirtschaftlichen Situation – aber nicht nur Geld. Da haben andere, grössere wirtschaftliche Potenzen als wir, wie die EG oder die USA, noch mehr zu bieten. Was wir zu bieten haben, ist geistiger Art – das ist von verschiedenen Sprechern zum Glück betont worden –, nämlich Verständnis dafür, wie man einen Staat, wie man Regionen, Kantone, Gemeinden aufbauen kann. Das zog sich wie ein roter Faden durch alle Gespräche, die wir in Rumänien mit

Vertretern von Ministerien geführt haben. Was man von uns vor allem erwartet ist Know-how durch persönliche Kontakte, Know-how, und zwar nicht nur technisches, sondern demokratisches.

Ich denke an unsere Tradition des Föderalismus und des Kommunalismus. Ich denke in diesem Zusammenhang an meinen hochverehrten ehemaligen Geschichtslehrer und späteren politischen Kollegen, den Basler Historiker Professor Adolf Gasser, der nach dem Krieg mit Vorträgen, mit seiner Botschaft «Gemeindefreiheit als Rettung Europas» die europäischen Länder bereist hat. So wurde damals der Versuch unternommen, aus unserer Staatstradition beim Wiederaufbau anderer Staaten zu helfen.

Dasselbe ist auch heute geboten, ist auch heute eine wichtige Möglichkeit für uns. Mit der Staatskunst des Föderalismus und Kommunalismus, wenn wir uns neu auf sie besinnen, könnten wir Völkern helfen und deren Freunde werden, Völkern, die ihr Staatsbewusstsein verloren haben, die aber ihre Freiheit, welche die Grundlage allen Staatsbewusstseins ist, wieder erkämpft haben; Völkern, die durch Minderheitsprobleme erschüttert sind. Probleme, die man, wenn überhaupt, nur auf föderalistischem Wege lösen kann.

In der Sowjetunion besteht zurzeit begreiflicherweise ein markantes Interesse an unserem schweizerischen Föderalismus. So könnten wir Freunde gewinnen, die Schweiz ein Freund Ungarns, ein Freund der Sowjetunion, ein Freund Rumäniens und all der anderen. So können wir geistige Hilfe leisten. Aber das erfordert auch materielle Flexibilität und Grosszügigkeit, damit das, was wir zu bieten hätten, auch wirklich zum Tragen kommt. Die Schweiz hat, wenn sie will, heute in Osteuropa einen beträchtlichen Handlungsspielraum!

Ich möchte dafür danken, dass der Bundesrat die Gelegenheit so rasch und dezidiert wahrgenommen hat.

M. Rebeaud: Dans nos rapports avec les pays de l'Est, il y a énormément de nouveautés. Quelquefois, nous manions de la dynamite et nous ne sommes pas les seuls. Nous devrions en tout cas éviter deux écueils: d'abord le triomphalisme et ensuite le paternalisme.

Le triomphalisme revient à dire: «voyez à l'Est, ils se cassent la figure, tandis que nous, nous avons réussi. Nous pouvons les aider et leur montrer comment on fait les choses comme il faut». Nous devons absolument nous souvenir que notre style de vie et notre réussite économique ne sont pas généralisables à l'échelle de la planète et probablement pas non plus à l'échelle du continent, à cause des augmentations extrêmement importantes de la consommation de matières premières et d'énergie que cela supposerait. Notre modèle de vie, notre style de consommation – c'est en cela que nous devons éviter tout triomphalisme – n'est pas généralisable.

Cela nous amène au deuxième écueil à éviter, le paternalisme qui consiste à affirmer: «les pays de l'Est ont raté leur affaire en quarante ans de communisme. Nous allons leur montrer comment nous avons réussi en espérant qu'ils sauront nous imiter». Je crois que, pour qu'un échange puisse avoir une signification et porter des fruits dans l'avenir, il doit y avoir des relations dans les deux sens. Nous devons chercher ce que nous avons à apprendre des pays de l'Est.

J'observe que, dans le message du Conseil fédéral et dans la plupart des propositions concrètes d'aide aux pays de l'Est, il s'agit avant tout d'aides financières ou économiques, d'aides pour améliorer l'efficacité de l'organisation des démocraties naissantes ou renaissantes. Je constate une disproportion considérable entre les 160 millions mis à la disposition de l'aide financière ou commerciale et les deux tranches de 30 millions octroyées à d'autres domaines. Si le but de toute l'opération pour les pays de l'Ouest, y compris la Suisse, est d'amener les pays de l'Est à vivre selon le même modèle que nous, avec une voiture pour deux habitants, et bientôt deux téléviseurs par maison, on accélérera les catastrophes en préparation dans nos sociétés. Nous devons méditer ensemble avec nos collègues de l'Est avant qu'ils nous aident, en nous imitant, à précipiter une catastrophe mondiale.

Voilà pourquoi je pose une question précise au Conseil fédéral. Est-il imaginable – et cela correspond-il à la volonté fu-

ture du gouvernement – d'investir davantage de temps, d'imagination et d'argent dans des échanges et des recherches qui n'appartiennent pas forcément au domaine de l'efficacité économique, mais à celui de la réflexion en faveur de projets d'avenir pour l'Europe (échanges culturels, de parti à parti)? Le Conseil fédéral serait-il par exemple disposé à financer des échanges, des stages de formation, par l'intermédiaire d'organisations culturelles non gouvernementales ou spécialisées dans la protection de la nature et de l'environnement, de manière à permettre l'élaboration de projets de civilisation à l'échelon européen, viables à long terme et qui ne soient pas soumis à l'impératif économique?

Je vous rappelle tout de même – cela est important et même capital pour nous – que les mouvements de libération des pays de l'Est n'ont pas voulu sanctionner prioritairement l'échec économique de ce que M. Grassi a appelé le matérialisme. D'ailleurs, nous aussi sommes plongés jusqu'au cou dans le matérialisme et nous en souffrons. Nous avons simplement mieux réussi que les régimes centralisés.

Dans cette perspective, ne pourrions-nous pas – dans le cadre de nos relations bilatérales avec l'Est, mais également avec l'Europe de l'Ouest – favoriser davantage que cela n'est le cas actuellement des échanges dans des domaines où nous devons inventer un avenir qui proposerait des modèles de civilisation généralisables et viables pour assurer une paix et une certaine égalité entre les peuples?

On a parlé – Mme Aubry n'y a pas manqué non plus – de l'état écologique catastrophique des pays de l'Est. Les villes et les régions industrielles connaissent effectivement une telle situation, mais, grâce à l'inefficacité extraordinaire du système communiste, il y a encore de magnifiques régions sauvages pratiquement intactes. Je n'aimerais pas que l'aide que nous apporterons aux pays de l'Est conduise les gouvernements et les responsables de leur économie à détruire à grande vitesse – comme nous l'avons fait chez nous – les derniers espaces naturels qui subsistent. Nous avons chassé l'ours et la loutre de nos pays parce que nous avons exploité chaque centimètre carré de notre territoire. Alors, nous devrions – c'est là où les organisations non gouvernementales pourraient être utiles – aider les pays de l'Est à préserver d'un développement économique anarchique ou trop rapide les régions qui, grâce à l'inefficacité de leur ancien gouvernement, sont restées à l'état naturel.

J'attends avec intérêt la réponse du Conseil fédéral pour savoir si nous devons pousser les organisations non gouvernementales culturelles, écologistes, religieuses, les partis politiques, etc., à organiser des échanges culturels et des stages de formation comparables à ceux proposés dans le domaine de la formation professionnelle ou de l'économie.

Vollmer: Ich möchte vorweg festhalten, dass ich diese Vorlage – auch die Begründung in der Botschaft – für sehr gut halte und die Stossrichtung sehr unterstützen möchte.

Ich glaube aber, dass wir heute in dieser Diskussion aufpassen müssen, nicht in einen Reigen von Belehrungen abzugleiten. Belehrungen, die gerade jetzt rechtzeitig erteilt werden können, in einer Zeit, in der wir mit unseren Problemen in diesem Parlament Mühe haben und offenbar die Gelegenheit wahrnehmen, eine neue Selbstgefälligkeit gegenüber den Entwicklungen dieser Staaten zu zelebrieren.

Es bestehen nämlich auch Gefahren: Gefahren, dass die gegenwärtigen Destabilisierungen, wie wir sie gegenwärtig in vielen Ländern Osteuropas feststellen, als Wildbahn kurzfristiger Einzelinteressen missbraucht werden und der Staat und die öffentlichen Kredite dann nichts anderes bewirken sollen, als die Türen zu öffnen, damit Private ihre rentablen Geschäfte machen können.

Mir scheint es deshalb wichtig zu sein, dass wir die Chance wahrnehmen und eine Optik entwickeln, die über die ökonomischen und sicherheitspolitischen Aspekte hinausgeht, wie wir sie teilweise von anderen westlichen Ländern jetzt zur Kenntnis nehmen können; eine Optik, die in diesen Hilfsmassnahmen nicht nur Möglichkeiten sieht, Osteuropa zum sicherheitspolitischen «Glacis» gegenüber der Sowjetunion auszubauen, und die auch nicht nur Möglichkeiten darin sieht, ren-

table Handelspartner für unsere zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Es wurde gesagt – ich möchte das unterstützen –, dass es wahrscheinlich nicht eine Frage der Höhe der Gelder, sondern eine Frage des gezielten Einsatzes ist. Milliarden werden von anderen Ländern genug geklotzt. Wenn jetzt – wie wir in den Medien lesen konnten – die Europäische Gemeinschaft eine besondere Bank errichtet hat und von der Bundesrepublik Kredite in Milliardenhöhe gesprochen werden sollen, dann muss unsere Hilfe anders ausgerichtet sein. Dann soll unsere Hilfe im Bereiche der kulturellen, der politischen, der sozialen Entwicklungshilfestellung Chancen eröffnen, die sich nicht nur ökonomisch in Franken messen lassen. Trotz allem bin ich aber darüber beunruhigt, dass die Aufholjagd, die gegenwärtig in diesen Ländern wahrzunehmen ist, zum Verlust ihrer kulturellen und sozialen Eigenheiten führen kann.

Heute morgen werden wir den Aussenwirtschaftsbericht diskutieren. Es wird sich sicher eine grosse Debatte über unser Verhältnis zur EG und zum Europäischen Wirtschaftsraum entspannen; es wird dann wieder darüber geklagt, wie sehr diese ökonomischen Zwänge und ökonomischen Abhängigkeiten unsere ideellen und politischen Selbstbestimmungsansprüche unterhöhlen können. Genau diesen Zusammenhang gilt es auch zu beachten, wenn wir heute mit ökonomischen Hilfestellungen Tatsachen schaffen und Strukturen festlegen, die die politische und ideelle Selbstbestimmung dieser Länder in Frage stellen könnten.

Passen wir auf, dass der Konvoi der westlichen Hilfe nicht zur Dampfwalze verkommt, die die noch zarten Pflänzchen der Demokratie und der Selbstbestimmung abdrückt, bevor sie überhaupt richtig blühen können.

Die Botschaft des Bundesrates erkennt diese Probleme. Ich möchte dem Bundesrat dafür danken. Ich habe Vertrauen. Schaffen wir einen Geist der Hilfestellung, der nicht vom Standpunkt der Belehrungen, der ökonomischen Ueberlegenheiten ausgeht, sondern schaffen wir eine Hilfe von einem Standpunkt aus, der die kulturellen und sozialen Eigenheiten in diesen Ländern respektiert.

Schwab: Grundsätzlich stimme ich dem Bundesbeschluss über Sofortmassnahmen an osteuropäische Staaten zu. Unser Land muss ein Interesse an einem stabilen Europa haben, an einem Europa, das die Menschenrechte respektiert und das in wirtschaftlicher Hinsicht ausgeglichene Verhältnisse anstrebt.

Nach jahrzehntelanger Unterdrückung hat der Freiheitsdrang der europäischen Völker obsiegt. Diese Tatsache ist erfreulich. Geblieben sind Länder, deren Wirtschaft am Boden liegt. Versorgungskrisen bedrängen diese Menschen. Es ist nun an uns, diese traurige Situation verbessern zu helfen. Unser Land erfreut sich an einem wirtschaftlichen Hoch. Auch die schweizerische Landwirtschaft ihrerseits erfreut sich einer grossen Produktionsbereitschaft, die ohne weiteres noch gesteigert werden könnte.

Ich begrüsse die Absicht des Bundesrates, ins Hilfsprogramm auch Nahrungsmittellieferungen aufzunehmen. Milchprodukte und Weizen sind geeignete Nahrungsmittel, mit denen rasch und effizient geholfen werden kann. Es wäre sicher nicht richtig, diese Nahrungsmittellieferungen nur durch andere Industrieländer tätigen zu lassen.

Mit etwelchem Erstaunen haben wir aber zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Bundesrat im vergangenen Spätherbst in seinem Sofortprogramm die getätigten Weizenlieferungen an Polen in der Höhe von 8000 Tonnen aus Ungarn bezogen hat. Ausgerechnet in dem Zeitpunkt, wo der gleiche Bundesrat den Schweizer Bauern Preiskürzungen für Brotgetreide androhte, wenn die produzierte Menge nicht gekürzt werde!

Wie sollen wir Agrarpolitiker bei unseren Berufskollegen in der Landwirtschaft auf Verständnis für Produktionseinschränkungen stossen, wenn der Bundesrat zu solchen unverständlichen Brotgetreidegeschäften Hand bietet? Die Begründung des Bundesrates, dass zugleich Ungarn geholfen werden konnte, muss noch besser untermauert werden. Ich frage den Bundesrat an: Wie gross ist der Eigenversorgungsgrad an Brotgetreide in Ungarn? Warum hat sich der Bundesrat nicht

von den sogenannten «überschüssigen» einheimischen Weizenmengen bedient, die ohnehin denaturisiert werden mussten?

Das Vorgehen des Bundesrates im Herbst 1989 veranlasst mich im weiteren zur Frage, wie der Bundesrat die Lebensmittelhilfeaktion in der Höhe von 20 Millionen Franken, wie sie im neuen Bundesbeschluss enthalten ist, tätigen will. Ist der Bundesrat bereit, die nächste Hilfsaktion mit inländischem Qualitätsweizen zu gewähren? Der Antwort des Bundesrates sehe ich mit Interesse entgegen.

Zum Schluss noch eine Antwort an Frau Grendelmeier – sie ist allerdings nicht im Saal. Frau Grendelmeier, Sie haben dargelegt, dass die Milchrechnung in der Grössenordnung von einer Milliarde Franken im Vergleich zu dem, was hier gemacht werden soll, in keinem Verhältnis stehe. Ich muss Ihnen sagen, Frau Grendelmeier, Sie dürfen nicht einfach behaupten, dass diese Milliarde Franken für ein einziges Produkt bestimmt sei, sondern hinter der Produktion dieser Milchmenge steht eine grosse Anzahl Bauernfamilien, denen man mit der Milch ihr Einkommen sehr aufbessern kann. Bauernfamilien, die tagtäglich gewillt und dafür besorgt sind, unsere Landwirtschaft zu pflegen und die Schweiz so dem Tourismus doch sehr viel zugänglicher und schmackhafter zu machen. So gesehen ist die Milliarde sehr gut investiert!

Dreher: Polen ist dasjenige europäische Land, welches ich am besten kenne. Ich verkehre mit Polen seit 1969. Unzählige Reisen, auch Geschäftsreisen, haben mich dorthin geführt, ohne dass mir indessen ein entsprechender Eintrag in einer Karteikarte der Bundespolizei beschert worden wäre. Es hatte also Lücken im Ueberwachungsnetz – oder ich habe als politisch zuverlässig gegolten!

Polen ist dasjenige europäische Land, welches nie eine Chance hatte. Sie wissen aus der Geschichte, dass das Land dreimal von der Landkarte verschwunden ist, erstmals nach dem Versailler Vertrag selbständig werden konnte und nach dem Zweiten Weltkrieg unter der kommunistischen Fuchtel – gestützt auf sowjetrussische Panzer – ein wesensfremdes System zwangsetablieren musste. Die Folgen sind klar: Niedergang und Zerfall in allen Lebensbereichen!

Polen hat sich aber wie kein europäisches Land für das Abendland eingesetzt. 1683 bei der Belagerung von Wien war es der Polenkönig Jan Sobieski, welcher die entscheidende Wende im Kampf gegen die Türken herbeigeführt hat. Es gab offenbar in Europa einmal eine Zeit, wo man die Türkeneinwanderung bekämpfte

Es geht jetzt darum, Hilfe im Betrag von 250 Millionen Franken zu leisten. Aber Hilfe! Die Länder Osteuropas haben es nun in der Hand, mit dem Beschreiben von Papier ihre Situation zu ändern. Sie müssen nämlich nur niederlegen: «Die Handels- und Gewerbefreiheit ist gewährleistet, das Eigentum ist gewährleistet, der freie Kapitalverkehr ist gewährleistet.» Und sie müssen die Liberalisierung in der Wirtschaft vorantreiben wollen. Nur das! Sie müssen den politischen Willen zu erkennen geben, dass sie das durchsetzen wollen. Dann kommen nämlich Kapital und das Know-how von selbst.

Was wir heute haben, ist nicht «Zurückhaltung» bei Investitionen, sondern mangelndes Vertrauen! Ich habe 1979 meine Geschäftsbeziehungen mit Polen abgebrochen, weil die Borniertheit der Funktionäre eine Zusammenarbeit nicht mehr länger möglich machte. Der polnische Handwerker und der polnische Arbeiter sind so tüchtig wie die schweizerischen, wenn sie ihre Sorgen nicht im Wodka ertränken. Wir müssen also diesen Leute wieder eine hohe Arbeitsmoral anerkennen. Die Fähigkeiten haben sie. Das bedingt aber, dass wir vor allem die Führung ausbilden und nicht glauben, bis hinunter jeden einzelnen Arbeiter eines Werks auch noch miterziehen zu müssen. Wenn die Korporale, die Wachtmeister, die Leutnants, die Hauptleute der Wirtschaft ihren Job verstehen, dann wird unten auch richtig gearbeitet. Daran mangelt es. Dazu kommt die latente «Mañana»-Mentalität, welche diese Wirtschaft auszeichnet. Aber das zu ändern braucht Zeit.

Der von Kommunisten ermordete deutsche Bankier Alfred Herrhausen hat gesagt, es brauche zwei Generationen, um die Verhältnisse zu ändern. Eine Generation, die es lernt, und

eine Generation, die es dann kann. Ueberlegen Sie: Wenn 1925 ein Führer der polnischen Wirtschaft geboren wurde, dann ist er heute ein nicht mehr ganz junger Mann. Ja, wo konnte der westliche Führungsmethoden kennenlernen? Diese Männer haben doch als junge Leute, mit zwanzig Jahren, dieses kommunistisch-sozialistische «Führungsrezept», das zwar keines ist, verpasst gekriegt und mussten ihre Betriebe entsprechend planwirtschaftlich führen – mit dem Resultat, dem Desaster, das wir heute haben.

Es ist nun bereits die Rede von «dritten Wegen»: Man will nur noch 49 Prozent des Kapitals den Investoren überlassen. Da ist doch der Anfang vom Ende gleich vorprogrammiert. Jugoslawien hatte den «dritten Weg» beschritten, und die jugoslawische Wirtschaft ist genauso bankrott wie die ostdeutsche, die polnische oder die rumänische. Folglich kann es nur eines geben: den realen Kapitalismus, also die Marktwirtschaft, wie wir sie haben!

Das ist auch gut für die Umwelt, denn Umweltschutz ist kapitalistisch. Nur in einer Marktwirtschaft wird soviel Geld verdient, dass man die berechtigten und sogar die überbissenen Forderungen der Oekokommunisten bei uns hiezulande realisieren kann.

Ein letztes Wort: Der Zusammenbruch des sozialistischen Systems ist auch entschlossenem Widerstand gutzuschreiben. Wer, wie ich, der römischen Kirche nicht angehört, wird an dieser Stelle mit allergrösstem Respekt vom dauernden Widerstand, dem mutigen Widerstand der Kardinäle Beran, Mindszenty und Wyschinski, sprechen müssen und das hier einmal in aller Öffentlichkeit festhalten, auch wenn die Zeit des kalten Krieges längst vorbei ist.

Reich: Ich möchte mich kurz zu den Zusatzanträgen äussern. Wir haben heute in diesem Saale zweierlei festgehalten; ich glaube, das ist unbestritten: Einerseits ist die Entwicklung in Osteuropa ungeheuer dynamisch. Was heute noch im Vordergrund steht, kann morgen schon in den Hintergrund gerückt und durch neue Entwicklungen überholt sein. Auf der anderen Seite haben wir dem Bundesrat zu Recht das Kompliment gemacht, dass er erstens sehr rasch und zweitens sehr konkret und präzise gehandelt hat. Aus diesen beiden Feststellungen heraus glaube ich ableiten zu dürfen oder zu müssen, dass es einerseits falsch wäre, jetzt rein betragsmässig über den Antrag des Bundesrates hinauszugehen und andererseits irgendwelche einengende, schwerpunktbildende Auflagen zu machen.

Zum Betrag: Von Landesring-Seite sind 100 Millionen Franken mehr beantragt worden. 100 Millionen Franken können sehr viel sein; sie können sogar zuviel sein, wenn sie nicht gezielt eingesetzt werden; und sie können sehr wenig sein in Relation zu dem, was wirklich an Finanzbedarf im Osten jetzt vorhanden ist.

Der Bundesrat hat, wie gesagt, bewiesen, dass er sehr à jour ist, dass er sehr gut informiert ist, dass er imstande ist, rasch zu handeln. Insofern glaube ich, dass die Kommissionsmehrheit im Recht ist, wenn sie sagt, es könnten Nachfolgevorlagen kommen, die konkret, konzis, präzise sind. Unsere Auslandhilfefähigkeiten standen immer unter diesem Motto, und wir haben immer dann gute Erfahrungen gemacht, wenn wir auf dieser Linie geblieben sind.

Zu den Schwerpunktbildungen: Natürlich gibt es auch unter diesen armen Ländern jetzt weniger arme. Wenn wir die DDR nehmen: Sie wird fast erdrückt von westdeutschen Umarmungen. Es ist hier erwähnt worden, dass von ostdeutscher Seite gerade darum Wert auf eine gewisse Pluralisierung der Hilfe gelegt würde. Ich glaube, schon unter diesem Gesichtspunkt wäre es falsch, einengende, verbindliche Schwerpunktbildungen einzufügen.

In der DDR ist heute eine heikle Entwicklung im Gange. Ich war vor ein paar Tagen nochmals beim Wahlkampf dabei. Man spürt die materielle Mächtigkeit der bisherigen Machthaber, ihrer Nachfolgeorganisationen und andererseits die Aermlichkeit der neuen Bewegungen, die sich auch ein bisschen wehren müssen gegen die Umarmungen ihrer neuen westdeutschen Schwesterparteien.

International gesehen ist die Deutschlandfrage – um ein altes

Wort abzuwandeln, dass der Krieg nicht nur den Generälen überlassen werden darf – eine zu wichtige Frage, als dass sie den Deutschen allein überlassen werden dürfte. Von daher glaube ich, ist es wichtig, deutlich zu bekunden, dass wir wenn nötig auch dort mitreden. Ganz abgesehen davon, dass wir wahrscheinlich auch mitreden müssen, sobald es um Währungsfragen geht.

Noch eine Bemerkung zu den Anspielungen, dass es sich nicht nur um die staatliche Hilfe handeln könnte, dass wir uns als schweizerische Gesellschaft diesen Problemen gegenüber noch mehr öffnen sollten. Da kann ich nur aus eigener Anschauung aus der DDR, der Tschechoslowakei und vor allem aus Ungarn, wo ich im Februar war, sagen: Wir können gar nicht genug tun, auch ausserhalb der staatlichen Bahnen, in bezug auf Kontaktnahme, in bezug auf Vermittlung von Know-how.

Wer Einblick hatte in den Wahlkampf der vergangenen Wochen, wer die Kellerlöcher gesehen hat, in denen koalitionsfähige Parteien arbeiten müssen, wie sie gekämpft haben um eine Schreibmaschine, um Telefonanschlüsse, der wird das Gefühl nicht los, dass gerade wir Schweizer jetzt eine erste Chance verpasst haben. Eine erste Chance der simplen Handreichungen rein praktischer Natur, der simplen Handreichungen in bezug auf Hinweise, wie man so etwas überhaupt vernünftig organisiert.

In dem Zusammenhang möchte ich den Bundesrat anfragen, ob es nicht möglich wäre, für die in unserer Gesellschaft nun erwachten Reflexe in Richtung vermehrter privater Hilfstätigkeiten vielleicht eine Informations- oder Koordinationsstelle, eine Art Clearingsstelle beim Bund zu schaffen. Wir haben z. B. unter anderem sehr viele Emigranten aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und weiteren Oststaaten hier, die sich immer wieder an jene wenden, von denen sie wissen, dass sie Osterfahrung haben. Es ist ein Potential hier, das noch vermehrt aktiviert werden könnte. Vielleicht wäre es gut, wenn es eine entsprechende Koordinationsstelle, eine öffentlich bekannte Anlaufstelle gäbe.

Wiederkehr: Zuallererst besten Dank an den Bundesrat für das schnelle Handeln und auch die Zusicherung, dass die Osthilfe nicht auf dem Rücken der Drittweltthilfe geschehen wird, auch in Zukunft nicht. Denn in der Botschaft steht, dass die humanitäre Hilfe zukünftig dem laufenden Rahmenkredit über die Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe zu belasten sei.

Aber auch in etwas anderem kann mich die Botschaft nicht ganz befriedigen. Wir haben letzte Woche in seltener Einmütigkeit eine Vorlage zur Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre verabschiedet – meines Erachtens ein längst fälliger Schritt zur Integration der Jungen in Politik und Institutionen. Zur gleichen Zeit aber verlieren Millionen von Jugendlichen in den Ostblockstaaten auch die letzten Illusionen gegenüber ihren institutionellen staatlichen Einrichtungen. Dieser Spannungsbogen lädt geradezu ein zum Brückenschlag und sollte ausgenützt werden.

Gehen wir davon aus, dass die Jugend der Hoffnungsträger sei für morgen, dann ist alles zu begrüßen, was im Paket eine jugendbezogene Komponente enthält. Dazu gehört auch der Jugendaustausch. Gerade von Jugendaustausch steht im Bericht gar nichts. Der Aufbau und die Förderung von Jugendaustausch – übrigens eines der wesentlichsten Ziele des kürzlich von unserem Parlament verabschiedeten Jugendförderungsgesetzes – ist ein verheissungsvoller Ansatz, um Jugendliche aus den Ostblockländern mit der politischen Kultur und den Institutionen einer Demokratie vertraut zu machen (nach den Diskussionen der letzten Tage muss man allerdings anfügen: auch mit der politischen Unkultur). Gegenseitige menschliche, soziale und politische Barrieren und Vorurteile können damit abgebaut werden. Solche Austauschaktivitäten werden von den Ostblockstaaten und deren Jugendorganisationen – jetzt, nach den Umwälzungen – gesucht und ange-regt.

Jugendaustauschorganisationen und private Kreise in der Schweiz sind an diesem Austausch interessiert, und auch in der Verwaltung sind Vorarbeiten in diese Richtung bereits im

Gange. Aber wie alles kostet auch dieser Jugendaustausch Geld. Neben den Transportkosten fallen die Kosten für die Jugendlichen aus den Ostblockstaaten in der Schweiz ins Gewicht. Dazu kommt als unbedingte Voraussetzung für die Gewährleistung eines Austausches mit multikulturellen Lerneffekten eben die kostspielige seriöse Vorbereitung hier in der Schweiz.

Herr Bundesrat, ich frage Sie: Teilt der Bundesrat diese Ansicht, dass Jugendaustausch-Aktivitäten gefördert werden sollten, und ist er bereit, diesen Fragen bei der Umsetzung des Pakets die notwendige Aufmerksamkeit zu widmen?

Herczog: Ich glaube, dass es – neben dem äusserst begrüssenswerten Vorstoss von Bundesratsseite her für diese finanzielle Hilfe – noch flankierende europapolitische oder wirtschaftspolitische Massnahmen bzw. ein europapolitisches Konzept braucht. Unter anderem braucht es gewissermassen einen «Marshallplan» für Osteuropa.

Sie wissen vielleicht, dass die Umstellung auf die Marktwirtschaft in diesen Ländern (Ungarn, Polen usw.) jetzt einen äusserst schwierigen Wandel bedeutet. Es kommt zu Preiserhöhungen, Betriebsschliessungen, Arbeitslosen. Es braucht eine andere Art von Leistungsbedingungen für die Wirtschaft selbst.

Es nützt uns nichts, wenn wir jetzt gewissermassen als Luxustouristen z. B. in Ungarn die Rolex-Uhr um einen Drittel billiger kaufen können. Es nützt auch nichts, wenn wir Marken-T-Shirts dort billiger kaufen können, die hingegen für ungarische Einkommen etwa einen Zehntel des Monatseinkommens ausmachen.

«Marshall-Plan»: In den siebziger Jahren, das wurde schon erwähnt, hat die Schweiz dem politischen Gierek-Regime enorme finanzielle Unterstützung gegeben; aber diese ist praktisch wirkungslos verpufft.

Politische Hilfe ist bei den Finanzierungsproblemen dieser Länder notwendig. Die heutigen Finanzierungsprobleme erschweren enorm ihre Investitionstätigkeiten und ihren Handel. Die Guthaben bei der Exportrisikogarantie (ERG) beliefen sich 1988 auf über 300 Millionen Franken: durch die Umschuldungsgeschichte mit Polen. Es ist unerlässlich, dass wir europaweit darauf hinarbeiten – die Schweiz könnte hier eine wichtige politische Rolle einnehmen –, dass diese Länder in die Lage versetzt werden, Exporterlöse zu erwirtschaften. Es braucht von unserer Seite her unter anderem Zugeständnisse im Zollbereich. In Klammern vermerkt: Diese Zugeständnisse dürfen nicht so weit gehen, dass die den Drittweltländern bereits gewährten Zugeständnisse wieder abgeschafft werden und dass nur noch osteuropäische Staaten privilegiert werden.

Ein dritter sehr wichtiger Punkt ist die Konvertibilität der Währung. Diese Länder brauchen eine konvertible Währung. Es fehlt in diesen Ländern nämlich jene Währung, mit der jedwede Ware gekauft werden kann. In einer Volkswirtschaft ist nur jene Währung voll werthaltig, mit der auch ausserhalb des eigenen Währungsgebietes Waren und Dienste erworben werden können. Es ist unerlässlich, dass man diesen Ländern die Möglichkeit gibt, zu Devisen zu kommen. Es muss auch ein politisches Ziel sein. Der Wechselkurs sollte gestützt sein; für diese Stützung sind umgekehrt wieder Devisen erforderlich.

Diese Länder müssen dazu kommen, dass sie ihre Importe im internationalen Wettbewerb tätigen können. Das können sie nur, wenn sie Devisen haben, wenn ihre Währung auch mit unserer Währung konvertibel ist.

Zum Schluss: Diese Sofortfinanzhilfe ist sehr zu begrüßen. Es ist aber auch im Zusammenhang der Aussenwirtschaftsdebatte wesentlich, dass im europapolitischen Konzept ein politisches Flankierungskonzept entwickelt wird, um diese Finanzhilfe auch politisch durchzusetzen und abzusichern.

Widmer: Bei der Diskussion ist mir aufgefallen, dass ein Stichwort vollständig fehlt, nämlich das Stichwort der Kultur. Ich halte das kulturelle Argument unter den Möglichkeiten der Schweiz auf aussenpolitischem Gebiet für eine entscheidende Karte, eine Karte, die wir ausspielen sollten. Es fällt mir immer

wieder auf, wie schwer sich die Leute, die mit unserer Aussenpolitik zu tun haben, dazu durchringen, mit dem Argument der schweizerischen kulturellen Kräfte im Ausland aufzutreten.

Wir sind keine Grossmacht. Wir können andere Leute nicht mit machtvollen Gebärden beeindrucken. Aber wir sind ein ungewöhnlicher Staat, der zeigen kann, dass es möglich ist, verschiedene Kulturen friedlich zusammenleben zu lassen. Das ist genau das Problem, mit dem die osteuropäischen Staaten heute ringen, das wissen Sie alle – diese vielen kulturellen Minderheiten, die sich so schwer zusammenfinden. Deshalb einige Bemerkungen zu diesem Thema.

Auf Seite 14 der Botschaft steht mit Recht – ich bedanke mich dafür –, dass die kulturellen Aspekte in enger Zusammenarbeit mit der Pro Helvetia bewältigt werden sollen. Die Pro Helvetia hat sich, um konkret zu schildern, was geschehen kann, seit bald zwei Jahren mit diesen Möglichkeiten beschäftigt.

Es bestehen zwei verschiedene Modelle. Das eine geht von der Tatsache aus, dass die Schweiz in Paris ein Kulturzentrum für ganz Frankreich hat, das andere wurde auf die Bundesrepublik angewendet, wo unter dem Titel «Szene Schweiz» ein vielfältiges Programm an verschiedenen Orten angeboten wird. Beide Modelle wären auf Osteuropa anwendbar.

Sicher ist es richtig – ich bin mit dem bestehenden Konzept einverstanden, wonach wir im Moment kein Kulturzentrum in Warschau, in Budapest, allenfalls in Leningrad oder in Moskau errichten –, dass man den Puls fühlt und abwartet, wo die besten Möglichkeiten bestehen. Damit Sie jetzt nicht den Eindruck erhalten, kulturelle Aussenpolitik sei etwas Vages, möchte ich versuchen, sie zu konkretisieren.

Auf dem Gebiet der bildenden Kunst bieten sich an: Ausstellungen, Austausch unter Museen, Stipendien für Künstler auf beiden Seiten; auf dem Gebiet der Literatur der Austausch von Schriftstellern, vor allem aber Uebersetzungen in die jeweiligen Sprachen, Zusammenarbeit von Bibliotheken, Beteiligung an Buchmessen (Leipzig hat eine berühmte Buchmesse), Lesungen von Schriftstellern; auf dem Gebiet der Musik Austausch von Musikensembles, Aufbau von Festivals – wobei wir, das gilt für alle Sparten, bei diesen Ländern lernen können. Es geht nicht um die irrümliche Vorstellung, nur wir hätten etwas zu bringen; wir haben dort auch zu lernen. Dazu gehört auch der Austausch von Professoren, von Künstlern aller Art.

Das alles aber kostet Geld. Wenn es gut gemacht werden soll, kostet es sehr viel Geld. Das führt mich zu meinem Hauptanliegen: Wenn wir den ursprünglichen Sinn der Botschaft, wie sie im Herbst entstanden ist, sicherstellen wollen, brauchen wir einen höheren Kredit als das, was im Herbst für eine viel kleinere Anzahl von Empfängerländern bestimmt und festgelegt wurde.

Ich bitte die Leute, die mit dem ganzen Programm zu tun haben, die Kultur nicht zu vergessen und doch so nett zu sein, einen höheren Kredit entgegenzunehmen.

M. Rohrbasser: Le message que vous nous soumettez, Monsieur le Conseiller fédéral, répond à de nombreuses aspirations ainsi qu'aux questions formulées dans l'interpellation que j'avais eu l'occasion de développer l'an passé.

Ceux qui souhaiteraient une augmentation des crédits font preuve de bonne volonté, certes, d'un esprit charitable, mais pour ma part j'inclinerai quand même à la prudence puisque nous nous trouvons sur un terrain d'essai de la démocratie en ce qui concerne les pays de l'Est, et plus particulièrement la Pologne et la Hongrie. Je crains qu'un saupoudrage à tous vents n'ait pas les effets souhaités.

La rapidité du processus de réforme dans ces pays nous laisse étourdis tellement la cascade d'événements nous surprend. Nous assistons là certainement à la conclusion de cette deuxième guerre mondiale et des traités qui y étaient inhérents. Il faut saluer les progrès qui amènent ces pays vers une véritable démocratie. Ne nous leurrons pas: l'acte essentiel auquel nous assistons, à savoir l'élimination d'un carcan dictatorial imposé pendant plusieurs lustres est une chose, mais une autre chose est le vide devant lequel se retrouvent ces nations. Il ne peut en être autrement, elles doivent faire l'apprentissage de cette démocratie, précisément, ce qui si-

gnifie pour elles de pouvoir s'autodéterminer et de choisir par le biais du suffrage populaire leurs autorités et, par là, les sociétés qu'elles se donneront.

Si vous avez l'occasion de rencontrer des personnes venant de ces pays, elles vous questionneront sur le fonctionnement des formes de démocratie de notre pays, entre autres. Ces gens sont curieux de savoir comment ils pourraient appliquer nos règles à leur pays. Apporter notre exemple ne serait déjà pas la moindre contribution que nous pourrions fournir, et ce sans faire de triomphalisme car notre démocratie étant ce qu'elle est, nous n'avons pas à la cacher ni à la mettre sous le boisseau.

Mais, me direz-vous, la constitution ne se mange pas, c'est vrai! Alors il faut aller plus loin, on peut soutenir une monnaie, un pouvoir d'achat, mais l'essentiel est que l'on doit agir concrètement. Le Conseil fédéral l'a très bien compris. La planification étatique a ruiné ces pays, qui sortent d'une longue léthargie, et les soubresauts de la liberté naissante peuvent être récupérés à toutes sortes de fins. Ce pari sur l'avenir, ils ne peuvent le rater, faute de quoi on pourrait assister à des épreuves de force débouchant sur des lendemains qui déchantent. Ces nations sont menacées d'un mal qui pourrait à nouveau les emporter, à savoir le nationalisme poussé à l'extrême, qui pourrait même déboucher sur une véritable crise d'identité.

Les défis lancés à la face des grands principes qui aboutiront à la défense et au respect des libertés individuelles, espérons-le, conduiront vers des exigences difficiles et quelquefois ingrates. Pour ces peuples, cette notion de liberté s'ouvrira sur des débats idéologiques complexes portant aussi bien sur l'action politique que sur la structuration pratique de leurs pays. Il faudra alors que s'affrontent, par les différents débats d'idées et par le pluralisme des partis, un consensus servant en permanence les intérêts nationaux, la morale universelle et surtout l'individu face à sa liberté retrouvée. Il y a par-dessus tout le grand danger presque inévitable consistant à «tutelliser» et «paternaliser» notre soutien, ce qui signifierait attendre en somme que ces pays nous renvoient un jour l'ascenseur. Nous jouerions là un rôle de colonisateurs de l'an 2000 qui, à long terme, ne vaudrait pas mieux que celui qui a été en vogue jusqu'au milieu de ce siècle.

Deux attitudes sont possibles pour nous, qui aideront à la réussite d'un des plus fabuleux retournements de notre époque: s'interdire toute ingérence dans le processus engagé et soutenir et créer une économie de marché en évitant de rompre par des aides artificielles le fragile équilibre d'un système déjà instable. Si chaque nation engagée dans ces actions de soutien respecte l'identité de celui qui pourrait être pendant quelque temps leur filleul et devenir par la suite un partenaire à part entière, la plus belle révolution douce de notre histoire et de l'histoire de l'humanité débouchera sur l'espérance de tant d'êtres humains qui a pour nom la liberté. Nous avons jusqu'à présent toujours parlé des relations Nord-Sud, il s'agit dorénavant d'y ajouter un point supplémentaire, l'Est, avec l'immense sphère politico-économique de la «Mitteleuropa», ce vieux rêve teutonique du début et du milieu du siècle, et qui se concrétise peut-être politiquement en cette fin de siècle.

Reimann Fritz: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund begrüsst und unterstützt die Initiative des Bundesrates für eine Soforthilfe zur Unterstützung des Reformprozesses in Osteuropa. Die osteuropäischen Völker sind auf die Hilfe des Westens angewiesen, wenn der eingeleitete Reformprozess nicht in den wirtschaftlichen und organisatorischen Schwierigkeiten ersticken soll. Die Bewohner dieser Länder erwarten etwas von uns.

Wir haben auch ein gewisses Eigeninteresse, zu helfen und die Reformen voranzutreiben. Dieses Eigeninteresse sollte jedoch nicht im Vordergrund stehen. Unsere Hilfe sollte nicht zu sehr von unseren Vorstellungen begleitet sein, in welcher Richtung sich der Wandel in Osteuropa bewegen soll.

Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion hat mit Recht darauf hingewiesen, dass es falsch wäre, unser System in die osteuropäischen Länder verpflanzen zu wollen. Wir können aus Ungarn oder Polen nicht eine zweite Schweiz machen. Wir

dürfen uns auch nicht zu sehr von der Vorstellung leiten lassen, wir seien die Besten.

Die Völker Osteuropas müssen ihren Weg selber finden. Sie haben bis heute bewiesen, dass sie reformwillig und reformfähig sind. Unsere Hilfe sollte sich deshalb auf den Ausbau der notwendigen Infrastruktur konzentrieren.

Wir müssen auch berücksichtigen, dass wir mit unserer Hilfe nicht allein sind. Es wäre interessant, von Herrn Bundesrat Felber zu erfahren, wie die Zusammenarbeit bezüglich der Hilfsprogramme mit anderen westeuropäischen Ländern gesucht und gepflegt wird.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat sich anboten, beim Aufbau der gewerkschaftlichen Strukturen behilflich zu sein. Ich danke dem Bundesrat, dass er dieses Angebot angenommen hat. Auch wir werden die Koordination mit Organisationen anderer westeuropäischer Länder suchen müssen. Auch da kann es sich nicht darum handeln, Ideologien zu vermitteln.

Das Gleiche erwarten wir von der Wirtschaft, von den Arbeitgebern: dass in erster Linie strukturelle Hilfe angeboten wird und nicht Systemvermittlung.

Ich unterstütze grundsätzlich die Auffassung, wonach seit der Lancierung der Botschaft neue Aspekte hinzu gekommen sind, weshalb sich eine Aufstockung gemäss Antrag Widmer rechtfertigen würde. Der Vergleich mit den Milliardengewinnen der Banken hinkt allerdings, Herr Widmer, denn es sind wohl kaum die Banken, welche ihre Gewinne zugunsten der Hilfe in Osteuropa zur Verfügung stellen.

Aber bevor ich mich für den Antrag Widmer entscheide, möchte ich die Stellungnahme von Herrn Bundesrat Felber anhören. Es kann ja nicht darum gehen, dass wir einfach Geld schicken. Das ist nicht das Wichtigste, sondern wir müssen Programme zur Verfügung stellen, und wir müssen Programme finanzieren. Darum scheint mir: Wenn wir schon weiter gehen wollen in der Finanzierung, muss dazu ein entsprechendes Programm vorhanden sein. Ich nehme an, Herr Bundesrat Felber wird sich dazu äussern.

Bundi, Berichterstatter: Ich stelle fest, dass die Fraktionssprecher und die Einzelredner fast ausnahmslos die Vorlage günstig aufgenommen haben. Das entspricht auch dem Tenor der Diskussionen, die wir in der Kommission geführt haben.

Erlauben Sie mir zunächst noch ein paar kurze grundsätzliche Bemerkungen. Es ist ein Prinzip der schweizerischen Disponibilität im Ausland, dass wir uns nicht aufdrängen wollen mit irgendeiner Hilfe, sondern dass wir diese nur anbieten, wo sie konkret gewünscht wird, dass wir dort gezielt und konkret helfen möchten. Es geht absolut nicht darum, dass wir andere erziehen wollen. Dieses Wort ist heute hier in der Diskussion gefallen. Wir wollen auch nicht in «Paternalismus» machen.

Wir wollen diese Hilfe uneigennützig anbieten. Es soll auch eine angepasste Hilfe sein. Es sollen angepasste Projekte sein, die nicht dazu führen – wie einige Einzelredner hier befürchtet haben –, dass z. B. noch unberührte Landschaften in den Oststaaten dadurch zerstört würden oder dass die kulturelle Identität dieser Völker zerstört würde.

Frau Grendelmeier hat die Auffassung vertreten, wir hätten es hier mit einer von Anfang an veralteten Vorlage zu tun. Diese Ansicht können wir nicht teilen. Die Botschaft ist wohl ein halbes Jahr alt, aber sie ist nach wie vor in den wesentlichsten Zügen voll und ganz gültig. Sie enthält eine ausgezeichnete Analyse der politischen Situation in Osteuropa. Die Kriterien, die darin figurieren, sind heute nach wie vor gültig. Die Bereiche, die ins Auge gefasst worden sind, gelten ebenfalls.

Es ist auch gesagt worden, man müsste sich sehr konzentrieren und die Hilfe nicht verzetteln. Genau das ist das Anliegen des Bundesrates gewesen. So haben wir es hier vor allem mit Hilfe an Polen und an Ungarn zu tun. Der Schwerpunkt liegt eindeutig bei diesen beiden Ländern. In bezug auf die Mittel ist die Konzentration auch gewährleistet, indem ja der grosse Brocken der Finanzhilfe allein Polen zukommen soll. Von anderer Seite – wie gesagt – bestanden in bezug auf die Finanzhilfe bisher noch keine Wünsche. Das heisst nicht, dass solche nicht noch angemeldet werden können.

Wir sind aber der Auffassung, dass darüber hinaus die übrigen

osteuropäischen Länder, je nach dem Stand ihrer Reformen, zum Zuge kommen sollen, insbesondere in den anderen Bereichen wie der Kultur, der Ausbildung, der Wissenschaft und Forschung usw.

Zum Stellenwert der Ausbildung und der Kultur vielleicht folgendes: Unter Kultur verstehen wir nicht einfach den traditionellen Kulturaustausch – das hat der Bundesrat auch deutlich unterstrichen –, sondern wir verstehen darunter auch die politische Kultur, d. h. Demokratiehilfe, föderalistische Hilfe, Hilfe an den Aufbau von Gemeindeverwaltungen, regionalen Zentren usw.

Da ist es äusserst erfreulich, dass von schweizerischer Seite ein sehr grosses Interesse angemeldet worden ist. Dem EDA sind über 75 konkrete Projekte angemeldet worden. Die werden nun geprüft und können kurz nach Verabschiedung dieser Botschaft in die Realisierungsphase gelangen. Also dieser Sektor der Ausbildung und der Kultur soll nach dem Willen der Kommission einen hohen Stellenwert innehaben.

Noch ein Wort zur humanitären Hilfe: Herr Scheidegger hat bemängelt, dass die erste Soforthilfe, die der Bundesrat bereits im November oder Dezember geleistet hat, äusserst bescheiden gewesen sei. Nun, man kann natürlich über eine solche Summe streiten, aber wir müssen das im Gesamtzusammenhang sehen. Es gab damals ein riesiges Angebot an Soforthilfen von sehr vielen Ländern her. Es hätte keinen Sinn gehabt, einfach Geld hineinzuschleusen, solange die Infrastrukturen in den betreffenden Ländern nicht entsprechend ausgebaut und die Verteilungsmodalitäten nicht gesichert waren. Der Bundesrat hat auch in der Kommission in bezug auf weitere Wünsche auf dem Gebiet der humanitären Hilfe erklärt, dass er jederzeit flexibel sein wird in. Die Botschaft sieht entsprechende Möglichkeiten insbesondere bei der Nahrungsmittelhilfe vor.

Die Kommission hat entsprechende Anträge wie jene der Herren Scheidegger und Reimann Maximilian nicht behandelt; solche lagen nicht vor. Wir beantragen aber, diese Anträge abzulehnen, weil, wie ich vorhin ausgeführt habe, die Konzentration auf Polen und Ungarn schon gemäss Botschaft klar ausgesprochen ist. Wenn man jetzt als drittes Land in dritter Priorität einfach Rumänien bezeichnen würde, dann würde man andere Länder, die im Reformprozess voran sind, einfach übergehen. Es ist richtig, wenn bei Rumänen ein Akzent in der humanitären Hilfe gesetzt werden kann, aber so starr sollte nun ein Bundesbeschluss nicht ausgestaltet sein, dass er dem Bundesrat diese Flexibilität, die er nötig hat, nicht mehr belässt.

Der Antrag von Herrn Reimann Maximilian möchte Möglichkeiten zu Koproduktionen von Radio Schweiz International auch in den Bundesbeschluss einbauen. Auch hier glauben wir, dass dieses Detail nicht da hineingehört, sondern es ist durchaus möglich, dass der Bundesrat dieses Anliegen und dieses Projekt, das übrigens gegenüber dem EDA bereits signalisiert worden ist, im Rahmen der gesamten Projekte, also der Kultur zum Beispiel, berücksichtigt. Aus diesen Gründen beantragen wir auch hier Ablehnung.

Jetzt noch zum Antrag von Herrn Kollege Widmer, den Gesamtkredit um insgesamt 100 weitere Millionen aufzustocken. Ich habe eingangs schon erwähnt, in der Kommission selber war ein Antrag auf 50 Millionen mehr, also auf 300 Millionen, gestellt worden. Es lag auf der anderen Seite auch ein Antrag vor, die Frist von drei Jahren zu verkürzen, also das Ganze nur auf zwei Jahre auszurichten. Aufgrund der in der Kommission gewalteten Diskussion haben dann beide Antragsteller ihre Anträge zurückgezogen und waren der Auffassung, was der Bundesrat beantragt habe, sei eigentlich angemessen.

Wir sind der Ueberzeugung, dass der vorgeschlagene Betrag angemessen ist, denn mit diesem Beitrag überlassen wir dem Bundesrat die notwendige Flexibilität. Wenn die Erfahrungen – wir haben ja bis jetzt noch keine Erfahrungen mit einer solchen Hilfe – sich als positiv erweisen werden und wenn es sich zeigen sollte, dass der Kredit von 250 Millionen vor Ablauf von drei Jahren aufgebraucht wäre, dann ist es durchaus möglich, dass der Bundesrat vor Ende dieser Frist eine nächste Botschaft unterbreitet, also einen nächsten Rahmenkredit anfordert.

Schliesslich noch ein Hinweis auf die übrigen Efta-Länder, auf die Neutralen: Schweden zum Beispiel orientiert sich an der schweizerischen Vorlage und gedenkt auch, was die Finanzhöhe anbetrifft, einen ungefähr gleichen Betrag vorzusehen. Oesterreich hat als Soforthilfe eine Vorlage von etwa 100 Millionen Franken verabschiedet. Ich glaube, wenn man diese Dimensionen mitbetrachtet, so liegen wir mit unseren 250 Millionen durchaus richtig. Aus diesen Gründen möchte ich beantragen, auch diesen Antrag abzulehnen.

M. Grassi, rapporteur: Je constate qu'il existe un consensus sur les intentions du Conseil fédéral, soutenues par notre commission. Cela est un signal de disponibilité et de solidarité de la part de la Confédération, qui doit se répercuter sur l'ensemble du pays, les cantons, les communes, les organisations privées, les particuliers, afin de les inciter à continuer et à intensifier les efforts d'aide aux pays de l'Est. Il ne faut cependant pas oublier que, dans certains pays de l'Hémisphère sud, on meurt encore de faim et on lutte contre les maladies de la pauvreté.

La commission a manifesté son intention de laisser au Conseil fédéral la liberté de juger des actions concrètes et de définir les besoins, car elle considère qu'il s'agit là d'un travail incombant à l'exécutif et non au Parlement. Nous pouvons donner des indications, comme l'ont fait M. Scheidegger et d'autres orateurs, mais il faut laisser au Conseil fédéral la flexibilité nécessaire pour apprécier la situation et estimer les besoins des pays bénéficiaires.

Nous partageons l'avis de Mmes Diener et Aubry en ce qui concerne la protection de l'environnement. Il est clair qu'il n'appartient pas à la Suisse, et à elle seule, de résoudre l'immense problème de la pollution. Rien n'a été fait, sous les régimes communistes, pour la protection de l'environnement. Il s'agit là aussi d'un problème de solidarité européenne, voire internationale qui va dans l'intérêt de tous.

Quant aux services diplomatiques, ils doivent être efficaces, mais je laisse à M. Felber, conseiller fédéral, le soin de répondre à MM. Mühlemann et Zwygart sur ce point.

Monsieur Rebeaud, je suis parfaitement d'accord qu'il ne faut faire ni du triomphalisme ni du paternalisme, ce que j'ai d'ailleurs souligné dans mon intervention, mais il ne faut non plus cacher la réalité et la vérité. Si j'ai constaté que l'idéologie marxiste léniniste était matérialiste, c'était pour la comparer à la nécessité de promouvoir la dignité humaine dans les pays de l'Est, de faire tout ce qui est possible afin que la personnalité de l'individu soit respectée. Nous devons être réalistes, avoir le sens de la mesure et adapter notre aide aux besoins manifestés par les pays.

En outre, ces pays doivent trouver eux-mêmes leur façon de vivre. C'est pourquoi c'est aussi du paternalisme que de vouloir les amener vers n'importe quelle solution qui ne soit pas déterminée par le libre choix des peuples concernés, comme l'a souligné M. Rohrbasser.

M. Wiederkehr a relevé l'échange de jeunes. Cette mesure est certainement importante; or, des institutions privées s'en occupent fort bien, telles que Pro Juventute, le Rotary Club, le Lion's Club, le Kiwanis. De plus, les manifestations du 700e anniversaire de la Confédération permettront probablement de promouvoir et d'intensifier de tels échanges. Aujourd'hui, il s'agit de prendre des mesures de première nécessité, en accordant à la jeunesse la possibilité de vivre et de s'épanouir dans la liberté et la démocratie de son pays. Le développement intérieur a donc sans doute la priorité dans ce processus.

M. Widmer pense que les échanges culturels sont très importants pour la connaissance réciproque des pays. Cependant, aujourd'hui, ils ne sont pas prioritaires, l'échange de culture politique l'est davantage. Les Etats de l'Est connaissent fort bien nos particularités culturelles et ils ne manqueront pas de demander notre appui dans ce domaine également.

J'en viens aux propositions qui ont été formulées. On peut être d'accord avec M. Scheidegger, mais tout a déjà été prévu dans le message du Conseil fédéral. Je ne considère pas sage de limiter notre aide à trois pays, d'autres désirant aussi en bénéficier. En outre, il faut tenir compte de l'évolution de la vie

dans ces pays. La Roumanie, par exemple, a encore des problèmes, et il faut suivre son évolution. Par conséquent, plus on laisse de flexibilité au Conseil fédéral, plus nous serons certains que l'aide sera vraiment accordée aux pays qui en ont besoin. Laissons donc à notre gouvernement le soin de couvrir également les autres besoins. Nous prenons acte des points forts soumis par M. Scheidegger, mais je suggère d'en rester aux propositions du Conseil fédéral et de votre commission.

La commission n'a pas discuté de la proposition de M. Reimann Maximilian. Le Conseil fédéral nous a parlé des contacts qu'il entretient avec Radio Suisse Internationale et nous a certifié qu'il suivait de près la possibilité d'échanges en matière de culture politique. Cependant, s'agissant d'un crédit-cadre, ce même Conseil fédéral a la compétence d'évaluer et de décider d'entreprendre des projets de manière, à mon avis, à être flexible et à s'adapter aux changements et aux besoins concrets des pays que nous voulons aider.

M. Widmer, soutenu par Mme Grendelmeier, veut augmenter le crédit à 350 millions de francs. La commission a examiné la proposition de M. Bircher qui, lui, demande de l'augmenter à 300 millions de francs. La commission est d'avis que le crédit est, pour le moment, suffisant. Il faut d'abord savoir, expérience faite, comment dépenser les 250 millions et disposer de projets concrets. C'est un premier pas suggéré par la rapidité de l'évolution: la prudence est ici de rigueur. Cela n'empêche pas, plus tard, l'octroi d'éventuels crédits supplémentaires, après que le Conseil fédéral nous aura présenté un rapport sur les premières réalisations.

Mme Grendelmeier prétend que le message est dépassé, que le montant est insuffisant, sans en apporter la preuve concrète. Tout montant peut être considéré comme insuffisant. Si le Conseil fédéral avait proposé 500 millions de francs, on aurait certainement demandé dans cette salle une augmentation à 600 millions. Il s'agit aussi, Madame Grendelmeier, d'une question de politique financière. Je constate que, dernièrement, chaque commission de notre conseil fait du zèle pour augmenter les crédits que nous demande le Conseil fédéral. Mais pourquoi? Si le Conseil fédéral nous assure, sur la base d'une première appréciation, que ce crédit de 250 millions est suffisant, pourquoi voulons-nous l'augmenter et donner à la population l'impression de distribuer l'argent sans en connaître la destination précise et faire peut-être preuve de fausse générosité?

Je vous propose, avec votre commission unanime, de soutenir les propositions du Conseil fédéral.

M. Felber, conseiller fédéral: Permettez-moi tout d'abord de vous remercier au nom du Conseil fédéral de l'accueil que tous les groupes ont réservé au message du Conseil fédéral, présenté ce matin très en détail par le président et le rapporteur de la Commission des affaires étrangères.

L'accueil positif que le Conseil national a réservé à chacun de ceux qui se sont exprimés ce matin m'évitera de reprendre la totalité des thèses de ce message. C'est avec beaucoup d'humilité que le Conseil fédéral désire traiter avec les pays d'Europe centrale et d'Europe de l'Est; il n'est pas question de triompher, il n'est pas question de missions dans ces pays: pour nous, c'est simplement l'heure de leur tendre la main et de répondre aux besoins qu'ils auront eux-mêmes clairement exprimés. Cela signifie qu'aujourd'hui déjà, à travers les multiples projets que nous recevons au Département des affaires étrangères et qui touchent toutes espèces de domaines – nous ne les avons naturellement pas énumérés dans ce message – nous devons nécessairement opérer un tri. Nous souhaitons qu'une partie des projets qui nous sont soumis puissent être le fait de l'économie privée, mais aussi, pourquoi pas, d'associations de droit privé, qui pourraient tout aussi bien bénéficier de la coordination des travaux dans notre département et aider directement et par un canal que nous pourrions définir, tel ou tel pays, telle ou telle région d'Europe centrale, et ainsi participer à l'élaboration d'un projet plus important. Nous vous rappelons également que nous ne sommes pas seuls dans cet exercice, mais que nous appartenons au groupe des Vingt-quatre, le G-24, dont la coordination est assurée à

Bruxelles par la Commission des Communautés européennes. Cette coordination des Vingt-quatre est utile, voire nécessaire, puisqu'elle permet d'éviter la multiplication des démarches dans les pays d'Europe de l'Est afin de centraliser les besoins, de n'envoyer des équipes spécialisées qu'en cas de nécessité et d'offrir ensuite aux vingt-quatre pays des possibilités de participer dans les domaines où ils ont davantage de compétences que d'autres. C'est de cette manière que nous travaillons avec le G-24, étant bien entendu que la Suisse est totalement libre d'initiative dans toute une série de domaines. Cependant, nous devons avouer que les demandes que nous avons reçues, celles que nous avons analysées, les discussions que nous avons menées à tous les échelons – ceux des experts et des diplomates mais aussi au niveau ministériel – ont abouti à concentrer nos efforts dans quelques domaines particuliers que nous pouvons offrir. Il s'agit de formation à tous les échelons, de l'université à la formation professionnelle; de protection de l'environnement, y compris l'enseignement des méthodes de protection de l'environnement; et d'échanges culturels, en particulier politiques et ce indépendamment de l'aide économique demandée dans différents secteurs. Voilà les domaines, en fait, dans lesquels nous allons directement et rapidement nous engager. Ils sont suffisamment larges et vastes pour répondre pratiquement à toutes les questions qui ont été posées ce matin.

En ce qui concerne notre intervention sur le plan économique, un orateur – M. Rebeaud je crois – constatait la différence en faveur des mesures économiques dans le crédit proposé. Tout d'abord, nous tenons à souligner que ce crédit est un crédit-cadre, que les montants qui y figurent ne sont pas définitivement attribués aux chapitres qui les précèdent. Il s'agit en fait d'une évaluation, d'une appréciation, mais nous ne pouvons pas garantir que ce sera 30 millions pour la culture politique et 30 millions pour l'environnement. Cela dépendra des projets que nous soutiendrons.

En ce qui concerne l'économie, nous avons affaire, dans cette première phase d'aide à l'Europe centrale et à l'Europe de l'Est, à un pays particulièrement touché et terrassé dans son économie, la Pologne. C'est cette aide particulière à la restructuration de l'économie polonaise qui charge le chapitre «aide financière» de ce message du Conseil fédéral. Il est bien entendu que, dans le domaine de l'économie, c'est à l'économie elle-même, à l'économie privée de tous les pays d'Europe d'intervenir dans les pays de l'Europe de l'Est, de favoriser les échanges, d'investir, de signer des accords, d'importer, etc.

Ce que nous faisons dans les Etats, c'est tenter de mettre en place des structures qui favoriseront ensuite ces échanges normaux, dans le cadre d'une économie de marché. Cela signifie donc bien que, dans ce domaine également, le Conseil fédéral, pas plus qu'aucun des pays du G-24 ne vont imposer une structure économique définitive. La seule règle, c'est la liberté des échanges et l'économie de marché. Je signalerai simplement qu'en dehors de cette aide financière prévue en faveur de la Pologne nous avons, de notre côté, dans tous ces Etats, signé, ou nous sommes prêts à signer des accords de protection des investissements qui, précisément, sont les instruments juridiques qui permettront l'intervention de l'économie privée.

Si vous me le permettez, et pour raccourcir quelque peu, je passerai en revue les questions précises qui ont été posées et je tenterai d'y répondre.

Mme Diener a insisté sur l'aide à la protection de l'environnement. Comme je viens de le dire, le chiffre de 30 millions cité est un exemple, mais ce n'est pas un chiffre absolu, et il peut être largement dépassé ou non, selon ce que l'on nous demandera. D'autre part, une partie de l'aide économique est destinée à soutenir l'exportation de matériel destiné à protéger l'environnement selon le vœu exprimé par certaines entreprises. Ce que nous avons ici c'est un résumé des besoins déjà existants. Mais nous avons peut-être à parler, du plan européen sur la politique d'environnement qui a été présenté par le ministre allemand de l'environnement, M. Töpfer. C'est un résumé des besoins, et ce sont donc des chiffres et des formes qui existent déjà dans le domaine de la coopération Est-Ouest sur l'environnement. De notre côté, nous saluons cette tenta-

tive de présenter un aperçu global. La Suisse participe activement dans ce cadre à cette coopération. Ce n'est donc pas seulement à travers notre message que nous allons essayer de résoudre ces problèmes.

Quant à la Convention de Genève sur la pollution atmosphérique transfrontalière, nous en faisons partie. Nous travaillons également au Conseil de l'Europe sur la convention de Berne pour la protection de la nature. La Hongrie, la Pologne, la Tchécoslovaquie ont demandé d'adhérer à cette convention. C'est donc le signe aussi que nous pourrions, avec ces pays, travailler d'une manière très précise dans le domaine de la protection de l'environnement. Mais nous sommes persuadés, Madame Diener, que 30 ou 50 millions sont insuffisants et qu'à long terme les investissements seront beaucoup plus importants.

Toutefois, nous disons aussi qu'une part des investissements dans les instruments de production industrielle est à la charge de l'économie privée et non pas nécessairement de l'Etat. Dans ce domaine, nous avons aussi exigé des mesures de protection de l'environnement de la part de nos industries. Nous avons également à apporter les méthodes et les techniques que nous pouvons utiliser. D'ailleurs, une série d'entreprises, qui en Suisse se sont préoccupées de ces problèmes, se sont mises à notre disposition pour avoir des contacts avec l'industrie de l'Europe centrale, ce qui est aussi un élément important de collaboration.

Je crois avoir répondu au porte-parole du groupe de l'Union démocratique du centre, M. Frey, en parlant de la concentration des moyens qui concernerait quelques thèmes seulement parce que ce sont ceux pour lesquels nous sommes le plus souvent interrogés.

On a parlé aussi quelquefois ce matin d'un plan Marshall. Je crois qu'il faut tout de même être très prudents quand on utilise cette formule. Les circonstances ne sont pas les mêmes. L'Europe de 1945 était totalement détruite, ce qui n'est pas du tout le cas aujourd'hui, et il y a une partie forte qui peut immédiatement venir en aide à la partie plus faible parce qu'elle change de structures, et non pas plus faible militairement. Nous considérons donc que le plan Marshall, qui visait la reconstruction et la remise en pied d'une industrie, d'une production de biens de consommation et de biens d'équipement, n'est pas comparable à ce que nous allons faire maintenant en faveur des pays d'Europe centrale, qui ont déjà des moyens de production qu'ils doivent moderniser et adapter à de nouveaux besoins.

En revanche, nous tenons à souligner les risques que ces pays prennent en acceptant une transformation aussi profonde et totale. Des usines seront fermées, engendrant du chômage. Durant des années, les structures sociales de ces pays seront extrêmement faibles. Il n'y a pas d'assurance-chômage, mais des chômeurs. Le risque politique est donc extrêmement important et l'aide du monde occidental doit être accordée avec intelligence et, surtout, beaucoup de persévérance. En effet, il ne s'agira pas d'aider une fois pendant deux ans et d'abandonner.

M. Dietrich insiste sur le problème de la coordination. Sur le plan suisse, tout le domaine économique et financier sera géré par l'Office fédéral des affaires économiques extérieures. Les autres projets le seront par le Département fédéral des affaires étrangères. C'est donc à ce département que devront être adressés tous les projets, où ils seront analysés – quelques-uns selon les méthodes utilisées dans le tiers monde, sous la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire – évalués et mis en route. Dans ce département également, seront recrutées les personnes nécessaires à l'accomplissement d'un certain nombre de tâches à l'étranger, comme seront contactés tous ceux qui, en Suisse, pourront nous aider. Nous tenons beaucoup à cette centrale de coordination, de manière à ce que les bénéficiaires ne soient pas subitement arrosés d'aides qu'ils n'auraient pas sollicitées et dont ils n'auraient pas un usage immédiat. Nous souhaitons donc que tous les projets, y compris les projets privés, soient soumis à cette même centrale de coordination.

Quelques questions spéciales ont été posées. M. Martin a parlé des collectivités locales. Ce projet fait partie de ceux ac-

tuellement en cours d'analyse. L'Union des villes suisses a déjà soumis un texte dans ce sens à notre département, qui vise à créer des administrations locales. Notre réponse est donc positive. Nous devons encore déterminer si nous ferons venir des gens ou si nous nous déplacerons.

Plusieurs d'entre vous préconisent un renforcement du personnel diplomatique. Or, le Département fédéral des affaires étrangères est soumis comme les autres au blocage du personnel, invention bientôt antédiluvienne qui pèse très lourd, mais nous l'appliquons, et je me vois mal aller prendre dans les réserves de mes collègues les collaborateurs dont ils ont besoin pour les employer de force chez moi! De toute manière, le personnel diplomatique est spécialisé. Après le concours d'entrée, il doit suivre deux ans de formation, et on ne le trouve pas forcément par le biais des petites annonces. Cependant, vos interventions mettent en évidence notre impossibilité de répondre à tous les besoins, même à ceux du service diplomatique. Nous disposons seulement de 400 agents diplomatiques, répartis dans environ une centaine de représentations. Nous ne pouvons donc pas renforcer considérablement des ambassades, même dans les pays où des problèmes particuliers se posent, mais nous attachons une importance spéciale à mettre en place, dans les régions d'Europe centrale, un personnel supplémentaire, voire un centre de coordination.

Mme Aubry soulève le problème des droits de l'homme qui constituent évidemment une des conditions que nous posons. Les pays doivent choisir la voie de la restructuration vers un pluralisme démocratique, le respect des droits de l'homme et une transformation du marché. Nous considérons, Madame, que la meilleure réponse à votre question, c'est la volonté de la plupart de ces pays d'adhérer au Conseil de l'Europe, car cela implique d'abord la signature et la ratification de la Convention européenne des droits de l'homme; par conséquent, nous soutiendrons cette démarche. Nous sommes conscients comme vous, Madame, que certains pays d'Europe centrale et de l'Est ont abusé du personnel à bon marché en provenance de l'Asie du sud-est, plus particulièrement du Vietnam. Comme moi, vous avez vu de nombreux Vietnamiens employés dans d'autres régions d'Europe, occidentale notamment, dans des conditions qui ne sont certainement pas tout à fait satisfaisantes, c'est le moins que nous puissions dire.

Je crois avoir répondu à la question de M. Rebeaud en ce qui concerne les différences entre l'aide économique et l'aide en général. C'est une appréciation, il n'y a pas de divergence.

J'en viens à la dernière question précise, posée par M. Wiederkehr et relative aux échanges de jeunes gens. Le projet a déjà été déposé auprès de notre département où il est envisagé avec un certain intérêt et relève des questions de culture politique.

Je m'arrête encore quelques instants sur les propositions présentées par la minorité. Le Conseil fédéral vous prie de ne pas modifier le projet qui a été accepté par la Commission des affaires étrangères du Conseil national, ainsi que par le Conseil des Etats la semaine dernière, pour les raisons suivantes: dans la proposition de M. Scheidegger, il y a un choix que nous n'avons jamais voulu faire entre trois pays plutôt que d'autres. De plus, Monsieur Scheidegger, il y a une difficulté dans votre proposition: la Roumanie n'est précisément pas un pays qui, aujourd'hui, peut bénéficier d'une manière très directe des mesures en faveur de ceux qui sont engagés définitivement dans la voie d'une transformation démocratique de leurs structures. Elle a besoin d'aide plutôt humanitaire, ce que nous pouvons lui garantir. Nous le ferons certainement selon les besoins. Nous regrettons que le nombre d'Etats soit fixé. Pourquoi ne pas choisir la Bulgarie ou la Tchécoslovaquie qui demandent moins d'argent mais qui auraient besoin d'une aide juridique? Nous vous prions donc de ne pas statuer de cette manière.

En ce qui concerne le deuxième point, vous avez constaté que tout ce que vous demandez est l'essentiel même de ce que nous allons faire et nous ne voudrions pas que l'on puisse nous empêcher d'entrer dans un domaine qui serait intéressant et pour lequel la Suisse, qui n'a pas pu tout analyser,

pourrait être utile. Nous proposons donc de ne pas retenir la proposition de M. Scheidegger.

La proposition de M. Reimann Maximilian est le type de propositions que nous redoutons le plus et que nous ne pouvons naturellement pas accepter. On pourrait demander de limiter chaque intervention à l'environnement, ou à l'argent pour les échanges de jeunes, à l'organisation de concerts, etc. Nous n'en finirions plus. Il s'agit d'un crédit-cadre et nous vous demandons de ne pas y inscrire de projet spécial. Nous disons ici clairement que la demande de la Radio Suisse Internationale a été soumise à notre département, que nous l'analysons et que nous allons prendre contact avec Radio Suisse Internationale pour savoir ce qu'il sera utile et possible de faire. Mais cette demande sera traitée comme les autres. Il nous paraîtrait dangereux d'inscrire un cas particulier directement dans l'arrêté.

Enfin, la proposition de M. Widmer est très difficile à combattre. Elle a été reprise par Mme Grendelmeier qui prétend que l'on est déjà dépassé. Nous ne sommes pas dépassés car nous n'avons pas encore commencé avec ces 250 millions de francs. Le temps d'analyser les projets, le temps de les soumettre aussi au G-24, le temps de répondre exactement à l'appel qui nous sera fait, nous pouvons dire que nous tenons, avec notre crédit de 250 millions, des solutions intéressantes. Bien sûr, me direz-vous, on peut imaginer davantage; bien sûr, tout cela durera plus de trois ans; bien sûr, les besoins sont tels qu'il faut se demander pourquoi 100 millions et pas 500.

Pour le moment, le Conseil fédéral vous demande, tout en comprenant parfaitement et la générosité et la volonté d'aller vite et de ne pas s'arrêter de M. Widmer et de Mme Grendelmeier, de lui laisser engager ce crédit, de faire ses premières expériences, de déterminer les domaines qui coûtent plus cher que ce qui a été évalué. Ensuite, parce que cela sera nécessaire, il pourra vous faire un rapport sur ce qui a été fait et il pourra – si cela est indispensable, et cela le sera sûrement – refaire la demande d'un nouveau crédit.

Mais je vous assure que cela n'est pas sans un brin de nostalgie, Monsieur Widmer, que je vous demande de ne pas voter ces 100 millions supplémentaires. Cela serait peut-être plus facile. Mais je crois qu'il faut, aujourd'hui, obtenir davantage d'expérience avant de déterminer les besoins. Peut-être demanderons-nous 50 millions supplémentaires dans une année et peut-être 400 millions pour des actions concrètes et précises dans cinq ou six ans. C'est tout simplement ce que nous vous demandons de faire actuellement.

Nous vous signalons également que notre préoccupation a aussi un côté égoïste lorsque nous vous demandons de ne pas accepter ces 100 millions. Nous sommes submergés de projets, quelques-uns d'entre eux, même s'ils émanent du cœur de ceux qui nous les offrent, ne sont ni bons ni utiles et nous devons pouvoir les repousser. Mais, si nous avons un très gros crédit, on nous demandera de les accepter quand même, avec le reste, ce qui n'est pas une bonne solution. Nous devons pouvoir choisir de bons projets dans le cadre de ce crédit et si ce dernier est insuffisant, nous reviendrons demander, expérience faite. Voilà les propositions que nous pouvons vous faire.

J'allais oublier la question la plus importante, celle de M. Schwab concernant l'aide alimentaire. M. Schwab critique la première aide faite à la Pologne au mois de novembre dernier parce que la Suisse avait eu l'audace d'acheter du blé à la Hongrie. Nous l'avons dit, il y avait trois raisons à cela: premièrement, on nous avait demandé d'aller très vite.

Deuxièmement, vous l'avez dit vous-même, la solution d'achat d'un surplus de blé hongrois, pour le donner aux Polonais qui l'ont vendu, avait encore un autre avantage: cela faisait profiter les deux pays, la Hongrie de devises fortes et la Pologne qui recevait le blé et pouvait le vendre.

La troisième raison, Monsieur Schwab, est facile à comprendre: le transport du blé depuis la Suisse jusqu'à sa destination polonaise coûtait deux fois plus cher que le prix du blé que nous avons acheté en Hongrie et livré à Varsovie. On a donc pu livrer une plus grande quantité, ce qui ne veut pas dire que nous le ferons chaque fois. C'était une opportunité, nous

l'avons saisie. Ce n'est pas la politique du Conseil fédéral de ne faire que cela et de ne pas bénéficier de ce qui se fait en Suisse. Dans cette même phase d'aide alimentaire, il y avait des produits laitiers qui, naturellement, venaient de Suisse. Il s'agissait d'une occasion à saisir et non d'une politique déléguée.

Voilà ce que je tenais encore à dire à propos de cette question précise.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Widmer

Abs. 1

.... Rahmenkredit von 350 Millionen Franken

Art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Widmer

Al. 1

Un crédit de programme de 350 millions de francs

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

90 Stimmen

Für den Antrag Widmer

14 Stimmen

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 2bis (neu)

Hauptantrag Scheidegger

Titel

Verwendung der Mittel

Abs. 1

Die Kredite sind schwerwiegend für Polen, Ungarn und Rumänien einzusetzen.

Abs. 2

Mit dem Kredit werden die folgenden Massnahmen unterstützt:

- Politik, Kultur, Wissenschaft, Ausbildung, Umweltpolitik;
- Lebensmittel- und Medizinalversorgung;
- Investitionsförderung, Finanzhilfe, Handelspolitik.

Eventualantrag Scheidegger

Titel

Verwendung der Mittel

Wortlaut

Mit dem Kredit werden die folgenden Massnahmen unterstützt:

- Politik, Kultur, Wissenschaft, Ausbildung, Umweltpolitik;
- Lebensmittel- und Medizinalversorgung;
- Investitionsförderung, Finanzhilfe, Handelspolitik.

Antrag Reimann Maximilian

(Ergänzung zum Eventualantrag Scheidegger)

Mit dem Kredit wird finanziert:

Ein für die östlichen Länder Europas konzipiertes Radioprogramm, das von Radio Schweiz International, zum Teil in Kooperation mit Partnern, gestaltet wird.

Art. 2bis (nouveau)

Proposition principale Scheidegger

Titre

Affectation des crédits

Al. 1

Les crédits sont affectés, pour l'essentiel à l'aide en faveur de la Pologne, de la Hongrie et de la Roumanie.

Al. 2

Les crédits sont destinés à promouvoir les mesures prises dans les domaines ci-après:

- Politique, culture, sciences, formation, défense de l'environnement;
- Soutien technique alimentaire et médical;
- Encouragement à l'investissement, aide financière, politique commerciale.

Proposition subsidiaire Scheidegger

Titre

Affectation des crédits

Texte

Les crédits sont destinés à promouvoir les mesures prises dans les domaines ci-après:

- Politique, culture, sciences, formation, défense de l'environnement;
- Soutien technique alimentaire et médical;
- Encouragement à l'investissement, aide financière, politique commerciale.

Proposition Reimann Maximilian

(amendement à la proposition subsidiaire Scheidegger)

Les crédits serviront également à financer un programme radiophonique destiné aux pays de l'Europe de l'Est et réalisé par Radio Suisse Internationale, partiellement en coproduction avec d'autres partenaires.

Scheidegger: Ich ziehe meinen Hauptantrag zu Artikel 2bis (neu) zurück. Ich wollte die Konzentration der Kräfte erreichen, also möglichst viel für wenige Länder. Ich habe jetzt einige Antworten des Bundesrates erhalten, die in diese Richtung gehen.

Hingegen bin ich gar nicht befriedigt beim Eventualantrag. Da möchte ich vom Herrn Bundesrat noch deutlicher hören, ob es so ist, dass Spitalhilfe, Medizinalhilfe über die humanitäre Hilfe geht, auch für osteuropäische Länder. Wenn das nicht so ist – beim DEH lautete die Auskunft anders; da hat man gesagt, man müsse über Investitionsförderung, Finanzhilfe und Handelspolitik Medizinalhilfe anfordern –, halte ich meinen Antrag aufrecht. Denn die Situation in den Spitälern ist prekär. Dann müsste ich den Eventualantrag aufrechterhalten.

M. Felber, conseiller fédéral: Nous avons parlé d'une aide générale aux problèmes posés par la restructuration des pays. M. Scheidegger revient avec une partie de sa proposition qui concerne uniquement l'aide humanitaire. Nous avons déjà précisé que, dans le cadre de l'aide générale, il y aurait une part d'aide humanitaire, sous plusieurs formes, car elle est comprise de toute manière dans notre crédit global. C'est aux pays de définir cette aide et c'est à nous d'aller examiner et de vérifier les besoins.

Nous avons – je l'ai dit hier à l'heure des questions – déjà délégué un émissaire pour constater la situation dans les hôpitaux de Roumanie et nous en attendons un rapport, de manière à pouvoir apporter notre aide en ce qui concerne l'équipement de ces hôpitaux et le transport de matériel médical. La question d'une aide humanitaire n'est donc pas exclue.

Le seul problème que vous nous posez, Monsieur Scheidegger, c'est le fait de vouloir, spécialement évoquer vous-même, cette difficulté, alors qu'en définitive nous tentons de l'ap-

préhender dans sa globalité. Mais l'aide humanitaire, qu'il s'agisse de l'aide alimentaire ou médicale, est un élément que nous prenons en compte dans notre programme.

En réponse à la question de M. Reich concernant la coordination des aides privées, j'admets que j'en ai parlé de manière générale, mais il est certain que le Département fédéral des affaires étrangères souhaite, dans toute la mesure possible, que ceux qui ont des projets d'aide tout à fait privés prennent contact avec nous, de manière à ce que toutes ces aides soient coordonnées pour mieux les répartir, afin d'éviter un afflux sur un seul point dans un seul pays, de façon à mieux encadrer des aides publiques.

Je le répète, le Département fédéral des affaires étrangères est prêt à coordonner et même à soutenir des projets privés.

Scheidegger: Ich kann unter diesen Voraussetzungen auch den Eventualantrag zurückziehen. Sie müssen das nicht speziell mir sagen, Herr Bundesrat, sondern vielleicht intern. Entsprechende Gesuche fielen nicht gerade auf warmen Boden, als man um Spitalhilfe für Polen nachsuchte. Deshalb bin ich froh, dass der Bundesrat sagt, das sei möglich. Ich ziehe meinen Eventualantrag zurück.

Reimann Maximilian: Herr Bundesrat, Sie haben auch mich überzeugt, dass ein Rahmenkredit nicht mit Einzelaspekten überlastet werden soll. Ich füge mich dem, danke Ihnen und leiste meinerseits einen Beitrag zur Reinhaltung der politischen Rahmenkreditkultur. Ich ziehe auch meinen Antrag zurück, wohl wissend, dass er in Ihrem Departement in guten Händen ist.

Zurückgezogen – Retiré

Art. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etat

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes

138 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

Ad 89.075

Motion der Kommission für auswärtige Angelegenheiten Ausbildungsangebot der Parlamentsdienste

Motion de la Commission des affaires étrangères Offre de formation des Services du Parlement

Wortlaut der Motion vom 19. Februar 1990

Das Büro wird beauftragt, im Rahmen eines Beitrages von schweizerischen Dienstleistungen zugunsten ausländischer Staaten, welche Demokratie, Menschenrechte und Parteienpluralismus verwirklichen wollen, die folgenden Massnahmen vorzukehren:

Die Parlamentsdienste werden beauftragt, ein Ausbildungs- und Besuchsprogramm in Zusammenarbeit mit Vertretern des

Parlamentes auszuarbeiten und vorzulegen, welches im wesentlichen folgenden Zielsetzungen dienen sollte:

- praktische Einführung in die Funktionsweise des schweizerischen Parlamentes;
- Vermittlung von Fachwissen, das für die Planung, Organisation und Abwicklung der parlamentarischen Arbeit benötigt wird;
- praktische Vermittlung der Beziehungen und des Zusammenspiels zwischen Verwaltung einerseits und Parlament andererseits als Konkretisierung des Prinzips der Gewaltentrennung.

Texte de la motion du 19 février 1990

Le Bureau est chargé, dans le cadre de services offerts par la Suisse en faveur d'Etats étrangers qui aspirent à la démocratie, de mettre en pratique les droits de l'homme et le pluripartisme, de prendre les mesures suivantes:

Les Services du Parlement sont chargés d'élaborer et de proposer, en collaboration avec des représentants du Parlement, un programme de formation et de visite qui visera pour l'essentiel les objectifs suivants:

- introduction au fonctionnement du Parlement suisse;
- transmission des connaissances techniques nécessaires à la planification, l'organisation et le déroulement du travail parlementaire;
- information sur les relations et la collaboration entre l'administration et le Parlement afin de montrer concrètement l'application du principe de la séparation des pouvoirs.

Schriftliche Begründung

Mit dem skizzierten Ausbildungs- und Besuchsprogramm der Parlamentsdienste soll das Parlament in Ergänzung zur Vorlage des Bundesrates (89.075) eine eigene und gezielte Anstrengung zur Unterstützung des Reform- und Demokratisierungsprozesses in der Welt unternehmen. Das Angebot gilt universell gegenüber allen Staaten, die entsprechende Bedürfnisse anmelden.

Solche Dienstleistungen werden heute schon von verschiedenen Staaten mit entwickelter parlamentarischer Demokratie auf breiter Basis angeboten. Das schweizerische Parlament mit seiner in verschiedener Hinsicht spezifischen politischen Konstellation (Konkordanzdemokratie, Vielparteiensystem, Mehrsprachigkeit) ist ebenso in der Lage, einen besonderen Beitrag zu leisten.

Dabei geht es nicht um die Anpreisung unseres eigenen politischen Systems, sondern um die nüchterne Vermittlung von Organisation und Ablauf parlamentarischer Arbeit und um Gewährung von Einblick in Theorie und Praxis von Gewaltentrennung und Handhabung der Menschenrechte.

Dem vorgeschlagenen Ausbildungs- und Besuchsprogramm könnte folgendes Konzept zugrundeliegen:

– Die Ausbildung erfolgt in der Form eines Stages oder Besuchs bei den Parlamentsdiensten. Es könnten zeitlich begrenzte Aufenthalte und Mitarbeit in den Fraktionen der Bundesversammlung sowie in der allgemeinen Bundesverwaltung einbezogen werden.

– Die Ausbildung und deren Effizienz wird von einem kleinen Expertenausschuss begleitet. Sie erfolgt wenn möglich in Zusammenarbeit mit anderen Parlamentsdiensten und Organisationen, die bereits Erfahrung auf diesem Gebiet haben (Interparlamentarische Union, Europäisches Zentrum für parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation, Internationales Demokratieinstitut des Europarates).

– Die Kriterien für die Auswahl der Stagiaires, deren Herkunftsländer sowie die Fragen der Finanzierung werden in Zusammenarbeit zwischen den Parlamentsdiensten und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten festgelegt.

Das Projekt soll aufzeigen, welche zusätzlichen Erfordernisse personeller, finanzieller und eventuell räumlicher Natur bei den Parlamentsdiensten notwendig sind.

Développement par écrit

Le programme esquissé de formation et de visite des Services du Parlement doit permettre à l'Assemblée fédérale d'entre-